

No. 47530

—
**Germany
and
Russian Federation**

Agreement between the Federal Republic of Germany and the Russian Federation for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital (with protocol). Moscow, 29 May 1996

Entry into force: *30 December 1996 by the exchange of instruments of ratification, in accordance with article 28*

Authentic texts: *German and Russian*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 27 May 2010*

—
**Allemagne
et
Fédération de Russie**

Accord entre la République fédérale d'Allemagne et la Fédération de Russie tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune (avec protocole). Moscou, 29 mai 1996

Entrée en vigueur : *30 décembre 1996 par échange des instruments de ratification, conformément à l'article 28*

Textes authentiques : *allemand et russe*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 27 mai 2010*

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Bundesrepublik Deutschland

und

der Russischen Föderation

zur

Vermeidung der Doppelbesteuerung

auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen

und vom Vermögen

**Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Russische Föderation -**

vom Wunsch geleitet, ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen abzuschließen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Persönlicher Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die nach dem Steuerrecht jedes der Vertragsstaaten zu entrichten sind.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten die Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern auf Einkünfte aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Russischen Föderation:

**die Gewinnsteuer der Unternehmen und Organisationen,
die Einkommensteuer von natürlichen Personen,
die Vermögensteuer der Unternehmen und
die Vermögensteuer der natürlichen Personen,
im folgenden als "russische Steuer" bezeichnet;**

b) in der Bundesrepublik Deutschland:

**die Einkommensteuer,
die Körperschaftsteuer,
die Vermögensteuer,
die Gewerbesteuer und
der Solidaritätszuschlag,
im folgenden als "deutsche Steuer" bezeichnet.**

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander, soweit erforderlich, die in ihren Steuergesetzen eingetretenen Änderungen mit.

Artikel 3

Allgemeine Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert,

a) bedeuten die Ausdrücke "ein Vertragsstaat" und "der andere Vertragsstaat" je nach dem Zusammenhang die Russische Föderation (Rußland) oder die Bundesrepublik Deutschland einschließlich ihrer Hoheitsgebiete sowie der ausschließlichen Wirtschaftszonen und der Festlandssockel;

- b) bedeutet der Ausdruck "Person" natürliche Personen, Gesellschaften und alle anderen Personenvereinigungen;
- c) bedeutet der Ausdruck "Gesellschaft" juristische Personen und alle anderen Gebilde, die für die Besteuerung wie eine Körperschaft behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke "Unternehmen eines Vertragsstaats" und "Unternehmen des anderen Vertragsstaats", je nachdem, gewerbliche Tätigkeiten, die von einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ausgeübt werden, oder gewerbliche Tätigkeiten, die von einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person ausgeübt werden;
- e) bedeutet der Ausdruck "internationaler See- und Luftverkehr" jede Beförderung mit einem Seeschiff oder Luftfahrzeug, das von einem Unternehmen eines Vertragsstaats betrieben wird, es sei denn, das Seeschiff oder Luftfahrzeug wird ausschließlich zwischen Orten im anderen Vertragsstaat betrieben;
- f) bedeutet der Ausdruck "zuständige Behörde" auf seiten der Russischen Föderation das Ministerium der Finanzen der Russischen Föderation oder eine von ihm ermächtigte Behörde und auf seiten der Bundesrepublik Deutschland das Bundesministerium der Finanzen oder eine von ihm ermächtigte Behörde.

(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt.

Artikel 4 Ansässige Person

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "eine in einem Vertragsstaat ansässige Person" jede Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes der Gründung als juristische Person durch Registrierung, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Kriteriums steuer-

pflichtig ist. Dieser Ausdruck umfaßt jedoch nicht Personen, die in diesem Staat nur in bezug auf Einkünfte aus Quellen in diesem Staat oder in bezug auf in diesem Staat gelegenes Vermögen steuerpflichtig sind.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Person gilt als in dem Staat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt; verfügt sie in beiden Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat (Mittelpunkt der Lebensinteressen);
- b) kann nicht bestimmt werden, in welchem Staat die Person den Mittelpunkt ihrer Lebensinteressen hat, oder verfügt sie in keinem der Staaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Staat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat;
- c) hat die Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt in beiden Staaten oder in keinem der Staaten, so gilt sie als in dem Staat ansässig, dessen Staatsangehöriger sie ist;
- d) behandelt jeder der Vertragsstaaten sie als seinen Staatsangehörigen oder betrachtet keiner der Vertragsstaaten sie als solchen, so entscheiden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten diese Frage in gegenseitigem Einvernehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt diese in dem Vertragsstaat als ansässig, in dem sich ihre tatsächliche Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5 Betriebsstätte

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck "Betriebsstätte" eine feste Geschäftseinrichtung, durch die die Tätigkeit eines Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck "Betriebsstätte" umfaßt insbesondere

- a) einen Ort der Leitung,**
- b) eine Zweigniederlassung,**
- c) eine Geschäftsstelle,**
- d) eine Fabrikationsstätte,**
- e) eine Werkstätte und**
- f) ein Bergwerk, ein Öl- oder Gasvorkommen, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen.**

(3) Eine Bauausführung oder Montage ist nur dann eine Betriebsstätte, wenn ihre Dauer 12 Monate überschreitet.

(4) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht als Betriebsstätten:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;**
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;**
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;**
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;**
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen andere Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen;**

f) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, mehrere der unter den Buchstaben a bis e genannten Tätigkeiten auszuüben, vorausgesetzt, daß die sich daraus ergebende Gesamttätigkeit der festen Geschäftseinrichtung vorbereitender Art ist oder eine Hilfstätigkeit darstellt.

(5) Ist eine Person - mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 6 - für ein Unternehmen tätig und besitzt sie in einem Vertragsstaat die Vollmacht, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und übt sie die Vollmacht dort gewöhnlich aus, so wird das Unternehmen ungeachtet der Absätze 1 und 2 so behandelt, als habe es in diesem Staat für alle von der Person für das Unternehmen ausgeübten Tätigkeiten eine Betriebsstätte, es sei denn, diese Tätigkeiten beschränken sich auf die in Absatz 4 genannten Tätigkeiten, die, würden sie durch eine feste Geschäftseinrichtung ausgeübt, diese Einrichtung nach dem genannten Absatz nicht zu einer Betriebsstätte machen.

(6) Ein Unternehmen wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in einem Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(7) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder auf andere Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird keine der beiden Gesellschaften zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unbeweglichem Vermögen (einschließlich der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft) bezieht, das in anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der Ausdruck "unbewegliches Vermögen" hat die Bedeutung, die ihm nach dem Recht des Vertragsstaats zukommt, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, für die die Vorschriften des Rechts für Grund und

Boden gelten, Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung einer selbständigen Arbeit dient.

Artikel 7

Gewinn aus gewerblicher Tätigkeit

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens im anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaats seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so werden vorbehaltlich des Absatzes 3 in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zugerechnet, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte sind die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, abzugsfähig, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat in besonders gelagerten Fällen unmöglich oder mit unzumutbaren Schwierigkeiten verbunden ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne nach Absatz 2 zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln; die gewählte Gewinnaufteilung muß jedoch derart sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Aufgrund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebsstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei der Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in den anderen Artikeln dieses Abkommens behandelt werden, so werden die Bestimmungen jener Artikel durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

Einkünfte aus internationalem See- und Luftverkehr

(1) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen See- und Luftverkehr können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden. Satz 1 findet entsprechende Anwendung auf Einkünfte aus dem Betrieb von Binnenschiffen.

(2) Absatz 1 gilt auch für Einkünfte aus der Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung von Containern (einschließlich Trailern und dazugehöriger Ausrüstung, die dem Transport der Container dient), sofern die Nutzung, Unterhaltung oder Vermietung dem Betrieb von Seeschiffen, Binnenschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen See- und Luftverkehr zuzuordnen ist.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Einkünfte aus der Beteiligung an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einer internationalen Betriebsstätte.

Artikel 9
Gewinnkorrektur

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaats unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder dem Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaats und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaats beteiligt sind

und in diesen Fällen die beiden Unternehmen in ihren kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen an vereinbarte oder auferlegte Bedingungen gebunden sind, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

Artikel 10
Dividenden

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf dabei aber nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden, wenn der Nutzungsberechtigte eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 10 vom Hundert des Grund- oder Stammkapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt und dieser Kapitalanteil mindestens 100.000 DM oder den entsprechenden Wert in Rubeln beträgt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden in allen anderen Fällen.

Dieser Absatz berührt nicht die Besteuerung der Gesellschaft in bezug auf die Gewinne, aus denen die Dividenden gezahlt werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Dividenden" bedeutet Einkünfte aus Aktien einschließlich Kuxen, Genußrechten oder Genußscheinen, Gründeranteilen oder anderen Rechten - ausgenommen Forderungen - mit Gewinnbeteiligung sowie sonstige Einkünfte, die nach dem Recht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien steuerlich gleichgestellt sind.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die von der Gesellschaft gezahlten Dividenden besteuern, es sei denn, daß diese Dividenden an eine in diesem anderen Staat ansässige Person gezahlt werden oder daß die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu einer in diesem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in diesem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

Zinsen

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können - wenn diese Person die Nutzungsberechtigte ist - nur in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Zinsen" bedeutet Einkünfte aus Forderungen jeder Art, auch wenn die Forderungen durch Pfandrechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Beteiligung am Gewinn des Schuldners ausgestaltet sind, und insbesondere Einkünfte aus öffentlichen Anleihen und Obligationen einschließlich der damit verbundenen Aufgelder und der Gewinne aus Losanleihen. Zuschläge für verspätete Zahlung gelten nicht als Zinsen im Sinne dieses Artikels.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst in Person seiner Behörden, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(5) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen beiden und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Zinsen, gemessen an der zugrundeliegenden Forderung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 12
Lizenzgebühren

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in diesem anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Empfänger der Lizenzgebühren der Nutzungsberechtigte ist.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck "Lizenzgebühren" bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten an literarischen, künstlerischen oder wissenschaftlichen Werken, einschließlich kinematographischer Filme, Aufzeichnungen auf Band oder anderen Trägern zur Verwendung in Rundfunk- und Fernsehübertragungen oder anderer Mittel der Informationsvervielfältigung und -verbreitung und Computer-Programmen, von Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen gezahlt werden.

(3) Die Vorschriften dieses Artikels sind auch auf Zahlungen für technische Dienstleistungen anzuwenden, wenn diese Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Verkauf von Waren oder Ausrüstungen oder der Überlassung von Rechten bzw. der Mitteilung von Erfahrungen im Sinne des Absatzes 2 erbracht werden.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Nutzungsberechtigte im anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine gewerbliche Tätigkeit durch eine dort gelegene Betriebsstätte oder eine selbständige Arbeit durch eine dort gelegene feste Einrichtung ausübt und die Rechte oder Vermögenswerte, für die die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte oder festen Einrichtung gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 beziehungsweise Artikel 14 anzuwenden.

(5) Lizenzgebühren gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner dieser Staat selbst in Person seiner Behörden, eine seiner Gebietskörperschaften oder eine in diesem Staat ansässige Person ist. Hat aber der Schuldner der Lizenzgebühren, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte oder eine feste Einrichtung und ist die Verpflichtung zur Zahlung der Lizenzgebühren für Zwecke der Betriebsstätte oder der festen Einrichtung eingegangen

worden und trägt die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung die Lizenzgebühren, so gelten die Lizenzgebühren als aus dem Staat stammend, in dem die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung liegt.

(6) Bestehen zwischen dem Schuldner und dem Nutzungsberechtigten oder zwischen beiden und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die Lizenzgebühren, gemessen an der zugrundeliegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Nutzungsberechtigter ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf den letzteren Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht eines jeden Vertragsstaats und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

Einkünfte aus der Veräußerung von Vermögen

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens bezieht, das im anderen Vertragsstaat liegt, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Einkünfte aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, einschließlich derartiger Einkünfte, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

(3) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person aus der Veräußerung von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen, die im internationalen See- und Luftverkehr betrieben werden, von Binnenschiffen und von beweglichem Vermögen, das dem Betrieb dieser Transportmittel dient, können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.

(4) Einkünfte aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 bis 3 nicht genannten Vermögens können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist.

Artikel 14

Einkünfte aus selbständiger Arbeit

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit bezieht, können im anderen Vertragsstaat nur dann besteuert werden, wenn der Person dort für die Ausübung ihrer Tätigkeit eine feste Einrichtung zur Verfügung steht. Dabei können nur die Einkünfte besteuert werden, die dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck "freier Beruf" umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit, die selbständig ausgeübte künstlerische Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten, Zahnärzte und Buchsachverständigen.

Artikel 15

Einkünfte aus unselbständiger Arbeit

(1) Vorbehaltlich der Artikel 16, 18 und 19 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, im anderen Vertragsstaat nur besteuert werden, wenn die Arbeit dort ausgeübt wird.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person für eine im anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige Arbeit bezieht, nur im erstgenannten Staat besteuert werden, wenn alle nachstehenden Voraussetzungen erfüllt sind:

- a) der Empfänger hält sich im anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während eines beliebigen 12-Monatszeitraums auf, der im betreffenden Steuerjahr beginnt oder endet, und
- b) die Vergütungen werden von einem Arbeitgeber oder für einen Arbeitgeber gezahlt, der nicht im anderen Staat ansässig ist, und

c) die Vergütungen werden nicht von einer Betriebsstätte oder einer festen Einrichtung getragen, die der Arbeitgeber im anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für eine an Bord eines Seeschiffs oder Luftfahrzeugs im internationalen See- und Luftverkehr oder an Bord eines Binnenschiffes ausgeübte unselbständige Arbeit in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem das Unternehmen ansässig ist, das diese Transportmittel betreibt.

Artikel 16
Vergütungen für Mitglieder von
Aufsichtsräten und Verwaltungsräten

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrats einer Gesellschaft bezieht, die im anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in diesem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 17
Einkünfte aus der Tätigkeit der Künstler und Sportler

(1) Ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 können Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person als darstellender Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- und Fernsehkünstler sowie Musiker oder als Sportler aus ihrer im anderen Vertragsstaat persönlich ausgeübten Tätigkeit bezieht, in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Fließen Einkünfte aus einer von einem Künstler oder Sportler in dieser Eigenschaft selbst ausgeübten Tätigkeit nicht dem Künstler oder Sportler selbst, sondern einer anderen Person zu, so können diese Einkünfte ungeachtet der Artikel 7, 14 und 15 in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler diese Tätigkeit ausübt.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Einkünfte aus der von Künstlern oder Sportlern in einem Vertragsstaat ausgeübten Tätigkeit, wenn ihre Auftritte in diesem Staat ganz oder zu mehr als der Hälfte aus öffentlichen Kassen des anderen Staates oder einer seiner Gebietskörperschaften oder von einer im anderen Staat als gemeinnützig anerkannten Einrichtung finanziert werden. In diesem Fall können die Einkünfte nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem der Künstler oder Sportler ansässig ist.

Artikel 18 Ruhegehälter

Vorbehaltlich des Artikels 19 Absatz 1 können Ruhegehälter und ähnliche Vergütungen, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für frühere unselbständige Arbeit gezahlt werden, nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 19 Einkünfte aus der Tätigkeit im öffentlichen Dienst

(1) Vergütungen, einschließlich Ruhegehälter, die von einem Vertragsstaat in Person seiner Behörden oder einer seiner Gebietskörperschaften an eine natürliche Person für den diesem Staat oder der Gebietskörperschaft geleisteten Dienst gezahlt werden, können nur in diesem Staat besteuert werden. Diese Vergütungen können jedoch nur im anderen Vertragsstaat besteuert werden, wenn der Dienst in diesem anderen Staat geleistet wird, die natürliche Person in diesem Staat ansässig und nicht ein Staatsangehöriger des erstgenannten Staates ist.

(2) Auf Vergütungen und Ruhegehälter für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer gewerblichen Tätigkeit für einen Vertragsstaat in Person seiner Behörden oder eine seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, sind die Artikel 15, 16 und 18 anzuwenden.

(3) Entschädigungen, die ein Vertragsstaat in Person seiner Behörden oder eine seiner Gebietskörperschaften in Form von Ruhegehältern, Leibrenten und anderen wiederkehrenden oder einmaligen Leistungen für Schäden zahlt, die als Folge von Kriegshandlungen oder politischer Verfolgung entstanden sind, können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

**Lehrer sowie Studenten und andere in der
Ausbildung stehende Personen**

(1) Eine natürliche Person, die sich auf Einladung eines Vertragsstaats oder einer Universität, Hochschule, Schule, eines Museums oder einer anderen kulturellen Einrichtung dieses Vertragsstaats oder im Rahmen eines amtlichen Kulturaustausches in diesem Vertragsstaat höchstens zwei Jahre lang lediglich zur Ausübung einer Lehrtätigkeit, zum Halten von Vorlesungen oder zur Ausübung einer Forschungstätigkeit bei einer dieser Einrichtungen aufhält und die im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, ist in dem erstgenannten Staat mit ihren für diese Tätigkeit bezogenen Vergütungen von der Steuer befreit, vorausgesetzt, daß diese Vergütungen von außerhalb dieses Staates bezogen werden.

(2) Zahlungen, die ein Student, Praktikant oder Auszubildender, der sich in einem Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält und der im anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort unmittelbar vor der Einreise in den erstgenannten Staat ansässig war, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, dürfen im erstgenannten Staat nicht besteuert werden, sofern diese Zahlungen aus Quellen außerhalb dieses Staates stammen.

Artikel 21

Andere Einkünfte

Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die in den vorstehenden Artikeln nicht behandelt wurden, können ohne Rücksicht auf ihre Herkunft nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 22
Vermögen

(1) **Unbewegliches Vermögen, das einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person gehört und im anderen Vertragsstaat liegt, kann in diesem anderen Staat besteuert werden.**

(2) **Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte ist, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, die einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person für die Ausübung einer selbständigen Arbeit im anderen Vertragsstaat zur Verfügung steht, kann in diesem anderen Staat besteuert werden.**

(3) **Seeschiffe, Binnenschiffe und Luftfahrzeuge, die von einem in einem Vertragsstaat ansässigen Unternehmen im internationalen See- und Luftverkehr betrieben werden, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Transportmittel dient, können nur in diesem Vertragsstaat besteuert werden.**

(4) **Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.**

Artikel 23
Vermeidung der Doppelbesteuerung

(1) **Bei einer in der Russischen Föderation ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:**

Wenn eine in der Russischen Föderation ansässige Person Einkünfte bezieht oder Vermögen besitzt, die nach den Bestimmungen dieses Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, so wird der in der Bundesrepublik Deutschland auf diese Einkünfte oder dieses Vermögen gezahlte Steuerbetrag von der Steuer, die von dieser Person in der Russischen Föderation erhoben wird, abgezogen. Dieser Abzug darf jedoch den Steuerbetrag, der von diesen Einkünften oder diesem Vermögen gemäß den Gesetzen und Vorschriften der Russischen Föderation ermittelt wird, nicht übersteigen.

(2) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Doppelbesteuerung wie folgt vermieden:

a) Die Einkünfte aus der Russischen Föderation sowie die dort gelegenen Vermögenswerte, die nach diesem Abkommen dort besteuert werden können, werden von der deutschen Steuer freigestellt, sofern nicht die Anrechnung nach Buchstabe b durchzuführen ist. Die Bundesrepublik Deutschland behält aber das Recht, die so freigestellten Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen.

Für Dividenden gilt die Freistellung nur dann, wenn diese Dividenden an eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft von einer in der Russischen Föderation ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren Kapital zu mindestens 10 vom Hundert unmittelbar der deutschen Gesellschaft gehört.

Von Steuern vom Vermögen werden Beteiligungen freigestellt, wenn deren Dividenden, falls solche gezahlt werden oder gezahlt worden wären, nach dem vorhergehenden Satz freizustellen sind oder wären.

b) Auf die von den nachstehenden aus der Russischen Föderation stammenden Einkünften und den dort gelegenen Vermögenswerten zu erhebende deutsche Einkommen-, Körperschaft- und Vermögenssteuer wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern die russische Steuer angerechnet, die nach russischem Recht und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen gezahlt worden ist für

- aa) Dividenden, die nicht unter Buchstabe a fallen;
- bb) Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen;
- cc) Einkünfte von Künstlern und Sportlern.

c) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a werden Einkünfte im Sinne der Artikel 7 und 10 und Gewinne aus der Veräußerung des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte sowie die diesen Gewinnen zugrundeliegenden Vermögenswerte nur dann von der deutschen Steuer ausgenommen, wenn die in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Person nachweist, daß die Betriebsstätte in dem Wirtschaftsjahr, in dem sie den Gewinn erzielt hat, oder die in der Russischen Föderation ansäs-

sige Gesellschaft in dem Wirtschaftsjahr, für das sie die Ausschüttung vorgenommen hat, ihre Bruttoerträge ausschließlich oder fast ausschließlich aus unter § 8 Absatz 1 Nummern 1 bis 6 des deutschen Außensteuergesetzes fallenden Tätigkeiten oder aus unter § 8 Absatz 2 dieses Gesetzes fallenden Beteiligungen bezieht.

- d) Verwendet eine in der Bundesrepublik Deutschland ansässige Gesellschaft Einkünfte aus der Russischen Föderation zur Ausschüttung, so schließt Buchstabe a die Herstellung der Ausschüttungsbelastung nach den Vorschriften des deutschen Steuerrechts nicht aus.
- e) Ungeachtet der Bestimmungen des Buchstabens a wird die Doppelbesteuerung durch Steueranrechnung nach Buchstabe b vermieden,
 - aa) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet oder verschiedenen Personen zugerechnet werden (außer nach Artikel 9) und dieser Konflikt sich nicht durch ein Verfahren nach Artikel 25 Absatz 3 regeln läßt und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung oder Zurechnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte unbesteuert blieben oder zu niedrig besteuert würden oder
 - bb) wenn ein Vertragsstaat nach gehöriger Konsultation und vorbehaltlich der Beschränkungen seines innerstaatlichen Rechts dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg andere Einkünfte notifiziert, auf die er diesen Unterabsatz anzuwenden beabsichtigt. Die Notifikation wird erst am ersten Tag des Kalenderjahrs wirksam, das auf das Jahr folgt, in dem die Notifikation übermittelt wurde und alle rechtlichen Voraussetzungen nach dem innerstaatlichen Recht des notifizierenden Staates für das Wirksamwerden der Notifikation erfüllt sind.

Artikel 24

Steuerliches Diskriminierungsverbot

(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige dieses anderen Staates unter gleichen Verhältnissen unterworfen sind oder unterworfen werden können. Diese Bestimmung gilt auch für alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem Recht eines der Vertragsstaaten errichtet worden sind.

(2) Die Besteuerung einer Betriebsstätte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats im anderen Vertragsstaat hat, darf im anderen Staat nicht ungünstiger sein als die Besteuerung von Unternehmen des anderen Staates, die die gleiche Tätigkeit ausüben. Diese Bestimmung ist nicht so auszulegen, als verpflichte sie einen Vertragsstaat, den im anderen Vertragsstaat ansässigen Personen Steuerfreibeträge, -vergünstigungen und -ermäßigungen zu gewähren, die er nur seinen ansässigen Personen gewährt.

(3) Sofern nicht Artikel 9, Artikel 11 Absatz 6 oder Artikel 12 Absatz 6 anzuwenden ist, sind Zinsen, Lizenzgebühren und andere Entgelte, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats an eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, bei der Ermittlung der steuerpflichtigen Gewinne dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Zahlungen an eine im erstgenannten Staat ansässige Person zum Abzug zuzulassen. Dementsprechend sind Schulden, die ein Unternehmen eines Vertragsstaats gegenüber einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person hat, bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Vermögens dieses Unternehmens unter den gleichen Bedingungen wie Schulden gegenüber einer im erstgenannten Staat ansässigen Person zum Abzug zuzulassen.

(4) Unternehmen eines Vertragsstaats, deren Kapital ganz oder teilweise unmittelbar oder mittelbar einer im anderen Vertragsstaat ansässigen Person oder mehreren solchen Personen gehört oder ihrer Kontrolle unterliegt, dürfen im erstgenannten Staat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtung unterworfen werden, die anders oder belastender ist als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen andere ähnliche Unternehmen des erstgenannten Staates unterworfen sind oder unterworfen werden können.

Artikel 26
Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, daß Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, in dem sie ansässig ist. Der Fall muß innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen vermieden werden kann, die im Abkommen nicht behandelt sind.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten regeln in gegenseitigem Einvernehmen, wie die in diesem Abkommen enthaltenen Regelungen für den Steuerabzug an der Quelle durchzuführen sind.

(5) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 26
Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten betreffend die unter das Abkommen fallenden Steuern erforderlich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch Artikel 1 nicht eingeschränkt. Alle Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, sind ebenso geheimzuhalten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und der Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Veranlagung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung oder mit der Entscheidung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln hinsichtlich der unter das Abkommen fallenden Steuern befaßt sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen.

(2) Absatz 1 ist nicht so auszulegen, als verpflichte er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;**
- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;**
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Industrie-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.**

(3) Soweit aufgrund dieses Abkommens und nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts personenbezogene Daten übermittelt werden, gelten ergänzend die nachfolgenden Bestimmungen unter Beachtung der für jeden Vertragsstaat geltenden Rechtsvorschriften:

- a) Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und nur zu den durch die übermittelnde Stelle vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.**

- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Stelle auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.**
- c) Personenbezogene Daten dürfen nur an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.**
- d) Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweils innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.**
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person übermittelten Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse an der Versagung der Auskunft das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt. Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem nationalen Recht des Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.**
- f) Wird jemand infolge von Übermittlungen im Rahmen des Datenaustausches nach diesem Abkommen rechtswidrig geschädigt, haftet ihm hierfür die empfangende Stelle nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts. Sie kann sich im Verhältnis zum Geschädigten zu ihrer Entlastung nicht darauf berufen, daß der Schaden durch die übermittelnde Stelle verursacht worden ist**
- g) Soweit das für die übermittelnde Stelle geltende nationale Recht in bezug auf die übermittelten personenbezogenen Daten besondere Löschungsvorschriften vorseht, weist die übermittelnde Stelle den Empfänger darauf hin. Unabhängig von diesem Recht sind die übermittelten personenbezogenen Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.**

- h) Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.**
- i) Die Übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.**

Artikel 27

Diplomatische und konsularische Vorrechte

Dieses Abkommen berührt nicht die steuerlichen Vorrechte, die den diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen sowie deren Mitgliedern und den Familienangehörigen der Mitglieder nach den Regeln des Völkerrechts oder aufgrund besonderer Übereinkünfte zustehen.

Artikel 28

Inkrafttreten

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist;**
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das dem Jahr folgt, in dem das Abkommen in Kraft getreten ist.**

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 24. November 1981 der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zur Vermeidung der Doppelbesteuerung von Einkommen und Vermögen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation außer Kraft

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das dem Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist;**
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das dem Jahr folgt, in dem dieses Abkommen in Kraft getreten ist.**

Artikel 29 Geltungsdauer

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragsstaaten bis zum 30. Juni eines jeden Kalenderjahrs nach Ablauf von fünf Jahren, vom Tag des Inkrafttretens an gerechnet, das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragsstaat auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden

- a) bei den an der Quelle im Abzugsweg erhobenen Steuern von Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahrs gezahlt werden, das auf das Kündigungsjahr folgt;**
- b) bei den übrigen Steuern auf die Steuern, die für Zeiträume beginnend ab dem 1. Januar des Kalenderjahrs erhoben werden, das auf das Kündigungsjahr folgt.**

Geschehen zu Moskau am 19. Mai.....1996, in zwei Urschriften, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Ernst-Jürgen Sackert

Theodor Haigyl

Für die
Russische Föderation



Protokoll

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Russische Föderation

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am ...*19. Mai*..... 1990 in Moskau die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zu Artikel 2

Es besteht Einvernehmen darüber, daß dieses Abkommen auf die in Artikel 2 aufgezählten Steuern angewendet wird, die auf Bundesebene, regionaler und örtlicher Ebene erhoben werden.

2. Zu Artikel 7

- a) Einer Bauausführung oder Montage dürfen in dem Vertragsstaat, in dem sich die Betriebsstätte befindet, nur solche Gewinne zugerechnet werden, die ein Ergebnis dieser Tätigkeiten selbst sind. Gewinne, die aus einer mit diesen Tätigkeiten im Zusammenhang stehenden oder davon unabhängig erfolgten Warenlieferung der Hauptbetriebsstätte oder einer anderen Betriebsstätte des Unternehmens oder einer dritten Person herrühren, sind der Bauausführung oder Montage nicht zuzurechnen.
- b) Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, die auf Planungs-, Projektierungs-, Konstruktions- oder Forschungsarbeiten sowie technische Dienstleistungen entfallen, die sie in diesem Vertragsstaat erbringt und die im Zusammenhang mit einer in anderen Vertragsstaat unterhaltenen Betriebsstätte stehen, werden dieser Betriebsstätte nicht zugerechnet.

3. Zu den Artikeln 7 und 9

Es gilt als vereinbart, daß Zinsen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft zahlt, an der eine im anderen Vertragsstaat ansässige Person beteiligt ist, unabhängig davon, ob diese Zinsen an eine Bank oder eine andere Person gezahlt werden, und unabhängig von der Laufzeit des Darlehens bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns dieser Gesellschaft im erstgenannten Staat unbeschränkt abzugsfähig sind. Dieser Abzug darf aber nicht den Betrag übersteigen, den unabhängige Unternehmen miteinander unter vergleichbaren Umständen vereinbaren würden. Entsprechendes gilt für Kosten der Werbung. Die vorstehenden Regelungen gelten auch für Zinsen und Kosten der Werbung, die von einer Betriebsstätte gezahlt werden.

4. Zu Artikel 10

Auf seiten der Bundesrepublik Deutschland umfaßt der Ausdruck "Dividenden" auch Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter und Ausschüttungen auf Anteilscheine an einem Investmentvermögen.

5. Zu den Artikeln 10 und 11

Ungeachtet der Bestimmungen dieser Artikel können Einkünfte, die aus einem Vertragsstaat stammen, nach dem Recht dieses Vertragsstaats besteuert werden, wenn sie

- a) auf Rechten oder Forderungen mit Gewinnbeteiligung (in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung, der Einkünfte aus partiarischen Darlehen und Gewinnobligationen) beruhen und
- b) bei der Gewinnermittlung des Schuldners dieser Einkünfte abzugsfähig sind.

6. Zu Artikel 15

Es besteht Einvernehmen, daß ungeachtet der Bestimmungen des Artikels 15 Vergütungen, die von einer öffentlichen Kasse in der Bundesrepublik Deutschland an in die Russische Föderation entsandte Mitarbeiter des Goethe-Instituts oder des Deutschen Akademischen Austauschdienstes gezahlt werden, nur in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können. Werden diese Vergütungen dort nicht besteuert, so gilt Artikel 15. Die zuständigen Behörden können die sinngemäße Anwendung der vorstehenden Bestimmungen auf Vergütungen vereinbaren, die an Personen gezahlt werden, die durch vergleichbare Einrichtungen der Vertragsstaaten entsandt werden.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten entsprechend für Vergütungen, die im Rahmen von Hilfsprogrammen der Bundesrepublik Deutschland, eines ihrer Länder oder einer ihrer Gebietskörperschaften ausschließlich aus deren Mitteln an Personen gezahlt werden, die in die Russische Föderation entsandt worden sind, wenn diese Programme mit den entsprechenden russischen Behörden der Staatsgewalt oder der Verwaltung oder der örtlichen Selbstverwaltung vereinbart worden sind.

7. Zu Artikel 25

a) Beide Vertragsstaaten sind sich darüber einig, daß eine Anwendung des Artikels 24 auch bei Steuern erfolgt, die nicht in Artikel 2 aufgeführt sind, und daß etwaige Probleme hierbei nach dem in Artikel 25 vorgesehenen Verfahren behandelt werden.

b) Jeder Vertragsstaat wird Verfahren dafür schaffen, daß bei Einkünften, die nach den Artikeln 10, 11 und 12 im Quellenstaat keiner oder nur einer ermäßigten Steuer unterliegen, die Zahlung ohne oder nur mit dem Steuerabzug erfolgen kann, der im Abkommen vorgesehen ist. Wenn bei Zahlungen in diesen Fällen eine höhere Steuer einbehalten worden ist, als dieses Abkommen vorsieht, wird der Unterschiedsbetrag innerhalb eines Jahres nach Eingang des hierfür notwendigen Antrags erstattet.

Für die
Bundesrepublik Deutschland

Ernst-Fritz v. Bredow

Theodor Haigler

Für die
Russische Föderation



[RUSSIAN TEXT – TEXTE RUSSE]

СОГЛАШЕНИЕ

между

Федеративной Республикой Германия

и

Российской Федерацией

об

избегании двойного налогообложения

в отношении налогов на доходы и имущество

Федеративная Республика Германия

и

Российская Федерация,

руководствуясь желанием заключить Соглашение об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество,

согласились о нижеследующем:

Статья 1

Лица, к которым применяется Соглашение

Настоящее Соглашение применяется к лицам, которые являются резидентами одного или обоих Договаривающихся Государств.

Статья 2

Налоги, на которые распространяется Соглашение

1. Настоящее Соглашение применяется к налогам на доходы и имущество, подлежащим уплате в соответствии с налоговым законодательством каждого из Договаривающихся Государств, независимо от способа их взимания.
2. Налогам на доходы и имущество считаются налоги, устанавливаемые на совокупный доход, совокупное имущество или на часть дохода или имущества, включая налоги с доходов от отчуждения движимого или недвижимого имущества.
3. К действующим в настоящее время налогам, на которые распространяется действие настоящего Соглашения, в частности, относятся:

а) в Российской Федерации:

налог на прибыль предприятий и организаций;
налоговый налог с физических лиц;
налог на имущество предприятий и
налог на имущество физических лиц,
далее именуемые "российские налоги";

б) в Федеративной Республике Германия:

налоговый налог;
налог с корпораций;
налог на имущество;
промышленный налог и
налоговая надбавка в поддержку солидарности,
далее именуемые "германские налоги".

4. Настоящее Соглашение применяется также к любым новым или по существу аналогичным налогам, которые будут устанавливаться после даты подписания настоящего Соглашения в дополнение или вместо существующих налогов. Комиссионные органы Договаривающихся Государств будут уведомлять друг друга по мере необходимости об изменениях в их налоговых законодательствах.

Статья 3 Общие определения

1. Для целей настоящего Соглашения, если иное не вытекает из контекста:

а) выражения "Договаривающееся Государство" и "другое Договаривающееся Государство" означают, в зависимости от контекста, Российскую Федерацию (Россию) или Федеративную Республику Германию, исключая их территории, а также исключительные экономические зоны и континентальные шельфы;

б) термин "лицо" означает физические лица, компании и любые другие объединения лиц;

с) термин "компания" означает юридические лица и любые другие образования, которые для целей налогообложения рассматриваются как корпоративные;

д) выражения "предприятие Договаривающегося Государства" и "предприятие другого Договаривающегося Государства" означают предпринимательскую деятельность, которую осуществляет резидент (оно) или соответственно другое Договаривающееся Государство;

е) выражение "международные морские и воздушные перевозки" означает любую перевозку морским или воздушным судном, эксплуатируемым предприятием (лицом) Договаривающегося Государства, кроме случаев, когда морское или воздушное судно эксплуатируется исключительно между пунктами, расположенными в другом Договаривающемся Государстве;

ф) выражение "компетентный орган" означает применительно к Российской Федерации Министерство финансов Российской Федерации или уполномоченный им орган, а применительно к Федеративной Республике Германия - Федеральное министерство финансов или уполномоченный им орган.

2. При применении Договаривающегося Государством настоящего Соглашения любой не определенный в Соглашении термин, если из контекста не вытекает иное, имеет то значение, которое придаст ему законодательство этого Государства в отношении налогов, на которые распространяется действие настоящего Соглашения.

Статья 4 Резидент

1. Для целей настоящего Соглашения выражение "резидент Договаривающегося Государства" означает любое лицо, которое по законодательству этого Государства подлежит в нем налогообложению на основе своего места жительства, своего постоянного местопребывания, места своей регистрации в качестве юридического лица, места нахождения своего руководящего органа или иного аналогичного критерия. Указанное выражение не распространяется, однако, на лиц, которые подлежат нало-

наблюдению в этом Государстве только в отношении доходов из источников в этом Государстве или в отношении имущества, расположенного в этом Государстве.

2. В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи физическое лицо является резидентом обоих Договаривающихся Государств, действуют следующие положения:

- а) лицо считается резидентом того Государства, в котором оно располагает постоянным жилищем; если оно располагает постоянным жилищем в обоих Государствах, то оно считается резидентом того Государства, в котором оно имеет наиболее тесные личные и экономические связи (центр жизненных интересов);
- б) в случае, если Государство, в котором лицо имеет центр жизненных интересов, не может быть определено, или если лицо не располагает постоянным жилищем ни в одном из Государств, оно считается резидентом того Государства, в котором оно обычно проживает;
- в) если лицо обычно проживает в обоих Государствах или если оно обычно не проживает ни в одном из них, оно считается резидентом того Государства, гражданином которого оно является;
- д) если каждое из Договаривающихся Государств рассматривает лицо в качестве своего гражданина или если ни одно из Договаривающихся Государств не считает его таковым, то компетентные органы Договаривающихся Государств решают этот вопрос по взаимному согласию.

3. В случае, если согласно положениям пункта 1 настоящей статьи лицо, иное чем физическое лицо, является резидентом обоих Договаривающихся Государств, то оно считается резидентом того Договаривающегося Государства, в котором расположен его фактический руководящий орган.

Статья 5 Постоянное представительство

1. Для целей настоящего Соглашения выражение "постоянное представительство" означает постоянное место предпринимательской деятельности, через которое деятельность предприятия осуществляется полностью или частично.

2. Выражение "постоянное представительство", в частности, включает:

- a) место управления;
- b) отделение;
- c) контору;
- d) фабрику;
- e) мастерскую и
- f) рудник, нефтяную или газовую скважину, карьер или любое другое место добычи природных ресурсов.

3. Строительная площадка или монтажный объект являются постоянным представительством только в случаях, если продолжительность их деятельности превышает 12 месяцев.

4. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, следующие виды деятельности не рассматриваются как осуществляемые через постоянное представительство:

- a) содержание объектов исключительно для целей хранения, демонстрации или поставки изделий или товаров, принадлежащих предприятию;
- b) содержание запасов изделий и товаров, принадлежащих предприятию, исключительно для целей хранения, демонстрации или поставки;
- c) содержание запасов изделий или товаров, принадлежащих предприятию, исключительно для целей их обработки или переработки другим предприятием;

- d) использование постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей закупки для предприятия изделий или товаров или сбора информации для него;
- e) использование постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей осуществления для предприятия любых других видов деятельности подготовительного или вспомогательного характера;
- f) использование постоянного места предпринимательской деятельности исключительно для целей осуществления деятельности, перечисленной в подпунктах а) – e) настоящего пункта, при условии, что вытекающая из этого организационная деятельность этого постоянного места имеет подготовительный или вспомогательный характер.

5. Если лицо, за исключением независимого агента, указанного в пункте 6 настоящей статьи, осуществляет деятельность для предприятия и имеет в Договаривающемся Государстве полномочия на заключение контрактов от имени этого предприятия и обычно осуществляет указанные полномочия в этом Государстве, то такое предприятие, несмотря на положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи, рассматривается как имеющее постоянное представительство в этом Государстве в отношении любой деятельности, осуществляемой этим лицом в интересах предприятия, если только эта деятельность не ограничивается видами, указанными в пункте 4 настоящей статьи, которые в случае их осуществления через постоянное место предпринимательской деятельности в соответствии с указанным пунктом не превращают данное место в постоянное представительство.

6. Предприятие не будет рассматриваться как имеющее постоянное представительство в Договаривающемся Государстве лишь только потому, что оно осуществляет в нем свою деятельность через брокера, комиссионера либо другого независимого агента при условии, что такие лица действуют в рамках своей обычной деятельности.

7. Тот факт, что компания, являющаяся резидентом одного Договаривающегося Государства, контролирует компанию или контролируется компанией, которая является резидентом другого Договаривающегося Государства или осуществляет в нем свою

деятельность (либо через постоянное представительство, либо иным образом), сам по себе не означает, что одна из этих компаний преобразуется в постоянное представительство другой.

Статья 6

Доходы от недвижимого имущества

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от недвижимого имущества (включая доходы от сельского и лесного хозяйства), расположенного в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Выражение "недвижимое имущество" имеет то значение, которое оно имеет по законодательству того Договаривающегося Государства, в котором расположено данное имущество. Это выражение в любом случае включает имущество, вспомогательное по отношению к недвижимому имуществу, скот и оборудование, используемые в сельском и лесном хозяйстве, права, к которым применяются положения земельного законодательства, usufrukt недвижимого имущества и права на переменные или фиксированные платежи в качестве компенсации за разработку или право на разработку минеральных запасов, источников и других природных ресурсов. Морские, речные и воздушные суда не считаются недвижимым имуществом.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются к доходам от прямого использования недвижимого имущества, сдачи его внаем или в аренду, а также от использования недвижимого имущества в любой другой форме.

4. Положения пунктов 1 и 3 настоящей статьи также применяются к доходам от недвижимого имущества предприятия и к доходам от недвижимого имущества, используемого для осуществления деятельности по оказанию независимых личных услуг.

Статья 7

Прибыль от предпринимательской деятельности

1. Прибыль предприятия Договаривающегося Государства может облагаться налогом только в этом Государстве, если только предприятие не осуществляет свою деятель-

ность в другом Договаривающемся Государстве через раскочженное в нем постоянное представительство. Если предприятие осуществляет свою деятельность вышесказанным образом, то его прибыль может облагаться налогом в другом Государстве, но только в той части, которая может быть отнесена к этому постоянному представительству.

2. В случае, если предприятие одного Договаривающегося Государства осуществляет свою деятельность в другом Договаривающемся Государстве через раскочженное в нем постоянное представительство, то с учетом положений пункта 3 настоящей статьи в каждом Договаривающемся Государстве к этому постоянному представительству относятся прибыль, которую оно могло бы получить, если бы оно осуществляло такую же или аналогичную деятельность при таких же или аналогичных условиях, будучи самостоятельным предприятием и полностью независимым от предприятия, постоянным представительством которого оно является.

3. При исчислении прибыли постоянного представительства расходы, понесенные для нужд такого постоянного представительства, включая управленческие и административные расходы, подлежат вычету независимо от того, возникли ли они в Государстве, в котором раскочжено постоянное представительство, или где-либо в другом месте.

4. Если в Договаривающемся Государстве в исключительных случаях не представляется возможным определить прибыль, относящуюся к постоянному представительству, в соответствии с положениями пункта 2 настоящей статьи, или если это связано с чрезмерными трудностями, то пункт 2 настоящей статьи не исключает возможности определять прибыль, относящуюся к постоянному представительству, посредством распределения общей суммы прибыли предприятия по его различным подразделениям; выбранный способ распределения прибыли должен, однако, соответствовать по своим результатам принципам настоящей статьи.

5. Никакая прибыль не относится к постоянному представительству на основании лишь закупки им изделий или товаров для предприятия.

6. При применении положений предыдущих пунктов настоящей статьи прибыль, относящаяся к постоянному представительству, каждый год должна быть исчислена одними и тем же методом, если только не имеется достаточных причин для его изменения.

7. Если прибыль включает доходы, рассматриваемые в других статьях настоящего Соглашения, то положения этих других статей не затрагиваются положениями настоящей статьи.

Статья 8

Доходы от международных морских и воздушных перевозок

1. Доходы резидента Договаривающегося Государства от эксплуатации морских или воздушных судов в международных морских и воздушных перевозках могут облагаться налогом только в этом Договаривающемся Государстве. Это положение применяется соответственно в отношении доходов от эксплуатации речных судов.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи применяются также в отношении доходов от владения, содержания или сдачи внаем контейнеров (включая трейлеры и сопутствующее оборудование для контейнерного транспорта), если также использование, содержание или сдача внаем относятся к эксплуатации морских, речных или воздушных судов в международных морских и воздушных перевозках.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи также распространяются на доходы от участия в пуле, в совместной деятельности или в международной организации по эксплуатации транспортных средств.

Статья 9

Корректировка прибыли

В случае, если:

- а) предприятие одного Договаривающегося Государства прямо или косвенно участвует в управлении, контроле или капитале предприятия другого Договаривающегося Государства или

б) один и те же лица прямо или косвенно участвуют в управлении, контроле или капитале предприятия одного Договаривающегося Государства и предприятия другого Договаривающегося Государства

и в указанных случаях оба предприятия в их коммерческих или финансовых отношениях обязаны соблюдать согласованные или возложенные на них условия, отличающиеся от тех, которые имели бы место между независимыми предприятиями, то прибыль, которая могла бы быть получена одним из предприятий без таких условий, но не была получена в силу этих условий, может быть отнесена к прибыли данного предприятия и соответственно обложена налогом.

Статья 10 Дивиденды

1. Дивиденды, выплачиваемые компанией, являющейся резидентом одного Договаривающегося Государства, резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, в соответствии с его законодательством. Налог при этом, однако, не должен превышать:

а) пяти процентов налоговой суммы дивидендов, если лицом, фактически обладающим правом собственности на них, является компания, которая непосредственно располагает (но меньшей мере десяти процентами уставного или складочного капитала выплачивающей дивиденды компании, и эта доля участия в капитале составляет не менее чем 100.000) немонетных марок или эквивалентную сумму в рублях;

б) пятнадцати процентов от налоговой суммы дивидендов во всех остальных случаях.

Положения настоящего пункта не затрагивают налогообложения компании в отношении прибыли, из которой выплачиваются дивиденды.

2. Употребленный в настоящей статье термин "дивиденды" означает доходы по акциям, в том числе акциям торгово-промышленности, по правам или сертификатам на участие в прибыли, учредительским правам или другим, за исключением

должных требований, правом на участие в прибыли, а также прочие доходы, которые по законодательству Государства, резидентом которого является компания, распределяемая прибыль, приравниваются к налоговым отчислениям к доходам по акциям.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если резидент одного Договаривающегося Государства, фактически обладающий правом собственности на дивиденды, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, резидентом которого является компания, выплачивающая дивиденды, через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с таким постоянным представительством или такой постоянной базой. В таком случае применяются соответственно положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

4. В случае, если компания, являющаяся резидентом одного Договаривающегося Государства, получает прибыль или доходы из другого Договаривающегося Государства, то это другое Государство не может ни облагать налогом дивиденды, выплачиваемые этой компанией (за исключением случаев, когда такие дивиденды выплачиваются резиденту этого другого Государства или когда участие, в отношении которого выплачиваются дивиденды, реально связано с расположенными в этом другом Государстве постоянным представительством или постоянной базой), ни облагать прибыль такой компании налогом на нераспределенную прибыль, даже если выплаченные дивиденды или нераспределенная прибыль полностью или частично состоит из сумм прибыли или доходов, полученных в этом другом Государстве.

Статья 11 Проценты

1. Проценты, возникающие в любом Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в этом другом Государстве, если этот резидент фактически обладает правом собственности на проценты.

2. Употребляемый в настоящей статье термин "проценты" означает доходы от долговых требований любого вида, включая и случаи, когда требования обеспечены залогом правом на земельные участки или содержат право на участие в прибыли должника, и, в частности, доходы по государственным займам и облигациям, включая премии и выигрыши по выигранным займам. Пени за неисполнительную выплату не считаются процентами для целей настоящей статьи.

3. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если резидент одного Договаривающегося Государства, фактически обладающий правом собственности на проценты, осуществляет предпринимательскую деятельность в другом Договаривающемся Государстве, в котором они возникают, через расположенное в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и должно же требование, по которому выплачиваются проценты, реально относится к такому постоянному представительству или такой постоянной базе. В таком случае применяются соответственно положения статьи 7 или статьи 14 настоящего Соглашения.

4. Считается, что проценты возникают в Договаривающемся Государстве, если их плательщиком является само это Государство и лицо созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, или резидент этого Государства. Если, однако, плательщик процентов, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное представительство или постоянную базу, и если задолженность, по которой выплачиваются проценты, образовалась для нужд постоянного представительства или постоянной базы, и если расходы по выплате процентов несут постоянное представительство или постоянная база, то считается, что проценты возникают в том Государстве, в котором расположены постоянное представительство или постоянная база.

5. Если вследствие особых отклонений между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на проценты, или между ними обоими и каким-либо третьим лицом сумма процентов, относящаяся к долговому требованию, на основании которого она выплачивается, превышает сумму, которая была бы согласо-

ния между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на проценты, при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избыточная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом других положений настоящего Соглашения.

Статья 12

Авторские вознаграждения и лицензионные платежи

1. Авторские вознаграждения и лицензионные платежи, возникающие в одном Договаривающемся Государстве и выплачиваемые резиденту другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом только в этом другом Договаривающемся Государстве, если плательщик авторских вознаграждений и лицензионных платежей фактически обладает правом собственности на них.

2. Употребляемое в настоящей статье выражение "авторские вознаграждения и лицензионные платежи" означает вознаграждения любого вида, которые выплачиваются за использование или за предоставление права использования авторских прав на произведения литературы, искусства или науки, включая кинематографические фильмы, записи на плёнку или другие носители для использования в радио- и телевизионных передачах, или другие средства воспроизведения и распространения информации, компьютерные программы, за патенты, торговые знаки, чертежи или модели, схемы, секретные формулы или технологии, или за использование либо за предоставление права использования промышленного, коммерческого или научного оборудования, или за передачу информации, касающейся промышленного, коммерческого или научного опыта.

3. Положения настоящей статьи применяются также к платежам за оказание технических услуг, если эти услуги оказываются в связи с продажей товаров или оборудования, а также в связи с передачей прав или передачей информации, касающейся опыта в соответствии с положениями пункта 2 настоящей статьи.

4. Положения пункта 1 настоящей статьи не применяются, если резидент одного Договаривающегося Государства, фактически обладающий правом собственности на авторские вознаграждения и лицензионные платежи, в другом Договаривающемся Государстве, в котором возникают такие платежи, осуществляет предпринимательскую деятельность через расколожившее в нем постоянное представительство или оказывает в этом другом Государстве независимые личные услуги через находящуюся в нем постоянную базу, и права или имущественные ценности, в отношении которых выплачиваются авторские вознаграждения и лицензионные платежи, реально связаны с таким постоянным представительством или такой постоянной базой. В таком случае применяются соответственно положения статьи 7 или статьи 14 настоящей Соглашения.

5. Считается, что авторские вознаграждения и лицензионные платежи возникают в Договаривающемся Государстве, если их плательщиком является само это Государство в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, или резидент этого Государства. Если, однако, плательщик авторских вознаграждений и лицензионных платежей, независимо от того, является ли он резидентом Договаривающегося Государства или нет, имеет в Договаривающемся Государстве постоянное представительство или постоянную базу, и если обязательство выплачивать такие авторские вознаграждения и лицензионные платежи было принято для нужд постоянного представительства или постоянной базы, и если постоянное представительство или постоянная база несет расходы по выплате авторских вознаграждений и лицензионных платежей, то считается, что такие платежи возникают в том Государстве, в котором расколожены постоянное представительство или постоянная база.

6. Если вследствие особых отношений между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на авторские вознаграждения и лицензионные платежи, или между ними обоими и каким-либо третьим лицом сумма этих платежей, исходя из объема соответствующих услуг, превышает сумму, которая была бы согласована между плательщиком и лицом, фактически обладающим правом собственности на эти платежи, при отсутствии таких отношений, то положения настоящей статьи применяются только к последней упомянутой сумме. В таком случае избы-

точная сумма может облагаться налогом в соответствии с законодательством каждого из Договаривающихся Государств и с учетом других положений настоящего Соглашения.

Статья 13

Доходы от отчуждения имущества

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от отчуждения недвижимого имущества, которое расположено в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Доходы от отчуждения движимого имущества, представляющего собой активы постоянного представительства, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящегося к постоянной базе, которой располагает резидент одного Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, включая доходы, получаемые вследствие отчуждения такого постоянного представительства (отдельно или вместе с остальным предприятием) или такой постоянной базы, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Доходы резидента Договаривающегося Государства от отчуждения морских или воздушных судов, эксплуатируемых в международных морских или воздушных перевозках, речных судов, а также от отчуждения движимого имущества, предназначенного для эксплуатации таких транспортных средств, могут облагаться налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

4. Доходы от отчуждения имущества, не обозначенного в пунктах 1 - 3 настоящей статьи, могут облагаться налогом только в том Договаривающемся Государстве, в котором лицо, отчуждающее это имущество, является резидентом.

Статья 14

Доходы от независимых личных услуг

1. Доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от оказания профессиональных услуг или от прочей деятельности независимого характера,

могут облагаться налогом в другом Договаривающемся Государстве только в случае, если это лицо располагает в нем для осуществления своей деятельности постоянной базой. При этом могут облагаться налогом только те доходы, которые могут быть отнесены к этой постоянной базе.

2. Выражение "профессиональные услуги" включает, в частности, независимо осуществляемую научную, литературную, исполнительскую или преподавательскую деятельность, независимо осуществляемую деятельность в области искусства, а также независимую деятельность врачей, адвокатов, инженеров, архитекторов, стоматологов и экспертов в области бухгалтерского дела.

Статья 15 Доходы от работы по найму

1. С учетом положений статей 16, 18 и 19 настоящей Соглашения жалованье, заработная плата и аналогичные вознаграждения, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства от работы по найму, могут облагаться налогом в другом Договаривающемся Государстве только тогда, когда работа выполняется в нем.

2. Несмотря на положения пункта 1 настоящей статьи, вознаграждения, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в связи с работой по найму, осуществляемой в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом только в первом упомянутом Государстве, если соблюдаются все нижеперечисленные условия:

- а) получатель пребывает в другом Государстве в общей сложности не более чем 183 дня в течение любого двенадцатимесячного периода, начинающегося или заканчивающегося в соответствующем налоговом году; и
- б) вознаграждения выплачиваются работодателем или от имени работодателя, который не является резидентом другого Государства; и
- в) расходы по выплате вознаграждений не несут настоящее представительство или постоянная база, которые работодатель имеет в другом Договаривающемся Государстве.

3. Несмотря на предыдущие положения настоящей статьи, вознаграждения за работу по найму, которая осуществляется на борту морского или воздушного судна, эксплуатируемых в международных морских и воздушных перевозках, или на борту речного судна, могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором предприятие, эксплуатирующее такие транспортные средства, является резидентом.

Статья 16

Вознаграждения членам наблюдательных советов и советов директоров

Вознаграждения за деятельность в наблюдательных советах или в советах директоров и аналогичные платежи, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в качестве члена наблюдательного совета или совета директоров компании, являющейся резидентом другого Договаривающегося Государства, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

Статья 17

Доходы от деятельности артистов и спортсменов

1. Несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, доходы, получаемые резидентом одного Договаривающегося Государства в качестве артиста-исполнителя, такого, как артиста театра, кино, радио и телевидения, или музыканта, а также в качестве спортсмена от его лично осуществленной деятельности в другом Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. В случае, если доходы от деятельности, лично осуществленной артистом или спортсменом в таком качестве, начисляются не самому артисту или спортсмену, а иному лицу, то, несмотря на положения статей 7, 14 и 15 настоящего Соглашения, эти доходы могут облагаться налогом в том Договаривающемся Государстве, в котором артист или спортсмен осуществляет эту свою деятельность.

3. Положения пунктов 1 и 2 настоящей статьи не применяются к доходам от деятельности, осуществленной артистами или спортсменами в Договаривающемся Государстве, если их выступления в этом Государстве полностью или более чем наполовину финансируются за счет государственных средств другого Договаривающегося Госу-

дарства или созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, либо учреждением, признанным в этом другом Государстве благотворительной организацией. В таком случае доходы могут облагаться только в том Государстве, в котором артист или спортсмен является резидентом.

Статья 18 Пенсии

С учетом положений пункта 1 статьи 19 настоящего Соглашения пенсии и подобные вознаграждения, выплачиваемые резиденту Договаривающегося Государства за прежнюю работу по найму, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 19 Доходы от деятельности в рамках государственной службы

1. Вознаграждения, включая пенсии, выплачиваемые Договаривающимся Государством в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, физическому лицу за службу, осуществляемую для этого Государства в лице указанных органов, могут облагаться налогом только в этом Государстве. Эти вознаграждения могут, однако, облагаться налогом только в другом Договаривающемся Государстве, если эта служба осуществляется в этом другом Государстве и физическое лицо является резидентом этого Государства и не является гражданином первого упомянутого Государства.

2. В отношении вознаграждений и пенсий за услуги, оказанные в связи с предпринимательской деятельностью от имени Договаривающегося Государства в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, применяются положения статей 15, 16 и 18 настоящего Соглашения.

3. Компенсационные выплаты, которые Договаривающееся Государство в лице созданных в нем органов государственной власти, включая местные органы власти, производят в форме пенсии, пожизненной ренты и других периодических или единовременных выплат за ущерб, понесенный вследствие военных действий или политического преследования, могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 20

Преподаватели, студенты и другие обучающиеся лица

1. Физические лица, находящиеся по приглашению Договаривающегося Государства или университета, высшей школы, школы, музея или какого-либо другого учреждения культуры этого Договаривающегося Государства, или в рамках официального культурного обмена в этом Государстве не более двух лет исключительно с целью преподавательской деятельности, чтения лекций или исследовательской работы в одном из перечисленных учреждений и являющиеся резидентами другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являвшиеся таковыми, освобождаются от налогообложения в этом первом Государстве в отношении полученных за указанную деятельность вознаграждений при условии, что данные вознаграждения исчислены из источников за пределами этого Государства.

2. Выплаты, предназначенные для проживания, обучения или подготовки, которые получают студенты, практиканты или учащиеся, находящиеся в Договаривающемся Государстве исключительно с целью обучения или подготовки и являющиеся резидентами другого Договаривающегося Государства или вплоть до въезда в первое упомянутое Государство являющиеся таковыми, не подлежат налогообложению в первом упомянутом Государстве, если источники этих выплат находятся за пределами этого Государства.

Статья 21

Другие доходы

Доходы, получаемые резидентом Договаривающегося Государства, которые не рассматривались в предыдущих статьях настоящего Соглашения, могут без учета их происхождения облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 22 Имущество

1. Недвижимое имущество, принадлежащее резиденту одного Договаривающегося Государства и расположенное в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

2. Движимое имущество, представляющее собой активы постоянного представительства, которое предприятие одного Договаривающегося Государства имеет в другом Договаривающемся Государстве, или относящееся к постоянной базе, которой располагает резидент одного Договаривающегося Государства для оказания независимых личных услуг в другом Договаривающемся Государстве, может облагаться налогом в этом другом Государстве.

3. Морские, речные и воздушные суда, эксплуатируемые предприятием, являющимся резидентом Договаривающегося Государства, в международных морских и воздушных перевозках, а также движимое имущество, служащее эксплуатации таких транспортных средств, могут облагаться налогом только в этом Договаривающемся Государстве.

4. Все другие виды имущества резидента Договаривающегося Государства могут облагаться налогом только в этом Государстве.

Статья 23 Устранение двойного налогообложения

1. Применительно к резидентам Российской Федерации двойное налогообложение устраняется следующим образом:

если резидент Российской Федерации получает доходы или владеет имуществом, которые в соответствии с положениями настоящего Соглашения могут облагаться налогом в Федеративной Республике Германия, сумма налога на такие доходы или имущество, уплаченного в Федеративной Республике Германия, будет вычтена из налога, взимаемого . . . какого лица в Российской Федерации. Такой вычет, однако, не

может превышать сумму налога, исчисленного с таких доходов или имущества в соответствии с законодательством и правилами Российской Федерации.

2. Применительно к резидентам Федеративной Республики Германия двойное налогообложение устраняется следующими образом:

- а) доходы из Российской Федерации, а также расположенные там имущественные ценности, которые в соответствии с настоящим Соглашением могут там облагаться налогом, будут освобождены от обложения германскими налогами, если они не подлежат зачету в соответствии с подпунктом б) настоящего пункта. Федеративная Республика Германия оставляет, однако, за собой право учитывать освобожденные таким образом доходы или имущественные ценности при установлении налоговой ставки.

Для дивидендов освобождение применяется только в случае, если эти дивиденды выплачиваются компанией, являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, компанией, являющейся резидентом Российской Федерации, капитал которой принадлежит не менее чем на десять процентов непосредственно германской компании.

Долговые участия освобождаются от обложения налогом на имущество тогда, когда дивиденды по ним в случае, если они выплачиваются или были бы выплачены, подлежат или подлежали бы освобождению согласно положениям предыдущей части настоящего подпункта;

- б) при обложении нижеприведенных доходов, происходящих из Российской Федерации, и расположенных там имущественных ценностей германскими подоходным налогом, налогом с корпораций и налогом на имущество, производится, с учетом положений германского налогового законодательства о производстве зачета иностранных налогов, зачет российских налогов, уплаченных в соответствии с российским законодательством и настоящим Соглашением по:

- а) дивидендам, не подпадающим под действие подпункта а) настоящего пункта;

- bb) вознаграждениям членам наблюдательных советов и советов директоров;
 - cc) доходам артистов и спортсменов;
- e) несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, доходы в соответствии со статьями 7 и 10 настоящего Соглашения и прибыль от отчуждения акций постоянного представительства, а также имущественные ценности, лежащие в основе такой прибыли, только тогда исключаются из обложения германскими налогами, если резидент Федеративной Республики Германия принесет доказательства, что постоянное представительство в том хозяйственном (отчетном) году, в котором оно получило прибыль, или компания, являющаяся резидентом Российской Федерации, в том хозяйственном (отчетном) году, в счет которого она распределяла прибыль, получали такой налоговый доход исключительно или почти исключительно от видов деятельности, подпадающих под действие номеров 1 - 6 пункта 1 параграфа 8 Закона Федеративной Республики Германия о налоговых, или от земельных участков, подпадающих под действие пункта 2 параграфа 8 этого Закона;
- d) в случае использования компанией, являющейся резидентом Федеративной Республики Германия, доходов из Российской Федерации для распределения прибыли положения подпункта а) настоящего пункта не исключают компенсационного обложения налогом с корпораций распределяемой суммой в соответствии с правилами германского налогового законодательства;
- e) несмотря на положения подпункта а) настоящего пункта, двойное налогообложение устраняется посредством налогового зачета в соответствии с подпунктом b) настоящего пункта:
- aa) если в Договаривающихся Государствах доходы или имущество относятся к разным положениям Соглашения или причисляются разным лицам (кроме положений статьи 9 настоящего Соглашения) и этот конфликт нельзя урегулировать процедурой в соответствии с положениями пункта 3 статьи 25 настоящего Соглашения, и если ввиду такого различного отнесения или причисления соответствующие доходы или имущественные ценности не

были бы подтверждены налогообложению или были бы подтверждены недоста-
точному налогообложению; или

hh) если одно Договаривающееся Государство после надлежащих консультаций
и с учетом ограничений согласно его национальному законодательству,
уведомляет другое Договаривающееся Государство дипломатическим путем
о других доходах, в отношении которых оно предлагает применить поло-
жения настоящего подпункта. Уведомление вступает в действие только с
первого дня календарного года, следующего за годом, в котором было пере-
дано уведомление и выполнены все условия в соответствии с националь-
ным законодательством переданного уведомления Государства для вступле-
ния его в действие.

Статья 24

Недопущение налоговой дискриминации

1. Граждане одного Договаривающегося Государства не могут подвергаться в другом
Договаривающемся Государстве налогообложению или связанному с ним обязатель-
ству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним
обязательства, которым подвергаются или могут подвергаться граждане этого другого
Государства при тех же обстоятельствах. Данное положение применяется также ко
всем юридическим лицам, простым товариществам и другим объединениям лиц,
учрежденным в соответствии с действующим в одном из Договаривающихся Госу-
дарств законодательством.

2. Налогообложение в отношении постоянного представительства, которое имеет
предприятие одного Договаривающегося Государства в другом Договаривающемся
Государстве, не может быть менее благоприятным, чем налогообложение в отноше-
нии предприятий другого Договаривающегося Государства, осуществляющих анало-
гичную деятельность. Это положение не должно истолковываться как обязывающее
одно Договаривающееся Государство предоставлять резидентам другого Договарива-
ющегося Государства не облагаемые налогом суммы, налоговые льготы или скидки,
которые оно предоставляет только своим резидентам.

3. В случаях, когда не подлежат применению положения статьи 9, пункта 5 статьи 11 или пункта 6 статьи 12 настоящего Соглашения, проценты, авторские вознаграждения и лицензионные платежи, а также другие выплаты, которые производит предприятие одного Договаривающегося Государства резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этого предприятия на таких же условиях как платежи, предназначенные резиденту первого упомянутого Государства. Соответственно долги, которые это предприятие имеет по отношению к резиденту другого Договаривающегося Государства, подлежат вычету при исчислении налогооблагаемого имущества этого предприятия на тех же условиях, как долги перед резидентом первого упомянутого Государства.

4. Предприятия одного Договаривающегося Государства, капитал которых полностью или частично, прямо или косвенно принадлежит резиденту другого Договаривающегося Государства или нескольким таким лицам, или контролируется ими, не могут подвигаться в первом упомянутом Государстве налогообложению или связанному с ним обязательству, иным или более обременительным, чем налогообложение или связанные с ним обязательства, которым подвигаются или могут подвигаться аналогичные предприятия первого упомянутого Государства.

Статья 25

Взаимосогласительная процедура

1. Если лицо считает, что действия одного или обоих Договаривающихся Государств приводят или приведут к налогообложению в отклонении от, которое не соответствует настоящему Соглашению, то оно может, независимо от средств защиты, предусмотренных национальным законодательством этих Государств, представить заявление по своему делу для рассмотрения компетентному органу Договаривающегося Государства, в котором оно является резидентом. Заявление по делу должно быть представлено в течение трех лет с момента первого уведомления о действии, приводящем к налогообложению, которое не соответствует положениям настоящего Соглашения.

2. Если компетентный орган сочтет возражение обоснованным и сам не в состоянии прийти к удовлетворительному решению, то он будет стремиться урегулировать дело

путем согласования с компетентным органом другого Договаривающегося Государства таким образом, чтобы избежать налогообложения, не соответствующего настоящему Соглашению. Достигнутое путем согласования урегулирование должно выполняться, несмотря на сроки, установленные национальным законодательством Договаривающихся Государств.

3. Компетентные органы Договаривающихся Государств будут стремиться устранить по взаимному согласию трудности или сомнения, возникающие при толковании или применении Соглашения. Они могут также консультироваться о том, каким образом может быть достигнуто избежание двойного налогообложения в случаях, которые не рассматриваются настоящим Соглашением.

4. Компетентные органы Договаривающихся Государств принимают по взаимному согласию решения о том, как реализовать предусмотренные настоящим Соглашением нормы, касающиеся удержания налогов у источника.

5. Компетентные органы Договаривающихся Государств в целях достижения согласия в соответствии с положениями предыдущих пунктов настоящей статьи могут вступать в непосредственные контакты друг с другом.

Статья 26 Обмен информацией

1. Компетентные органы Договаривающихся Государств обмениваются той информацией, которая необходима для осуществления настоящего Соглашения или национального законодательства Договаривающихся Государств в отношении налогов, подлежащих под действие настоящего Соглашения, если только вытекающее из этого законодательства налогообложение не противоречит настоящему Соглашению. Обмен информацией не ограничивается положениями статьи I настоящего Соглашения. Любая полученная Договаривающимися Государствами информация должна считаться конфиденциальной так же, как информация, получаемая на основании национального законодательства этого Государства, и может быть предоставлена только лицам или органам (включая суды и административные органы), которые занимаются начислением или взиманием налогов, принудительным изъятием или

указанным преследованием, либо принятием решений по возражениям и жалобам и отпискам налогов, подаваемых под действие настоящего Соглашения. Эти лица или органы могут использовать информацию только в указанных целях. Они могут раскрывать данную информацию в ходе открытых судебных заседаний или в судебных решениях.

2. Положения пункта 1 настоящей статьи не должны истолковываться как обязательства Договаривающегося Государства:

- а) проводить административные мероприятия, противоречащие законодательству или административной практике этого или другого Договаривающегося Государства;
- б) предоставлять информацию, которая в соответствии с законодательством или имеющейся административной практикой этого или другого Договаривающегося Государства не может быть получена;
- в) предоставить информацию, которая раскрывала бы какую-либо торговую, промышленную, предпринимательскую или профессиональную тайну либо торговый процесс, или предоставление которой противоречило бы государственной политике.

3. Если на основании настоящего Соглашения и согласно национальному законодательству передаются сведения, касающиеся физических лиц, то с учетом правовых норм каждого Договаривающегося Государства дополнительно действуют следующие положения:

- а) использование сведений получателем допускается только в указанных целях и только в соответствии с условиями, предусмотренными передающим учреждением;
- б) получатель ставит в известность передавшее сведения учреждение по его просьбе о применении переданных сведений и полученных с их помощью результатах;

- с) сведения, касающиеся физических лиц, могут быть переданы только в компетентные учреждения. Их последующая передача другим учреждениям может происходить только с предварительным согласием передающего учреждения;
- д) передающее учреждение обязано следить за достоверностью передаваемых сведений, а также за их необходимостью и адекватностью целям, которые преследуются передачей сведений. При этом следует учитывать действующие в рамках национального законодательства запреты на передачу сведений. Если окажется, что были переданы неверные сведения или сведения, не подлежащие передаче, то об этом необходимо незамедлительно известить получателя. Он обязан подтвердить их исправление или уничтожение;
- е) по заявлению заинтересованного лица ему выдается справка о передаче касающихся его сведений, а также о предлагаемых целях их использования. Выдача справки не обязательна, если государственные интересы в отказе в выдаче справки преобладают над интересами соответствующего лица в ее получении. В остальных права заинтересованного лица на получение справки об имеющихся о нем сведениях регулируются национальным законодательством того Договаривающегося Государства, на территории которого запрашивается справка;
- ф) если кому-либо была причинена вред вследствие передачи сведений в рамках обмена информацией по настоящему Соглашению, ответственность в связи с этим несет принимающее учреждение в соответствии с его национальным законодательством. Оно не может в отписании возместить ущерб лица ссылаться себе в оправдание на то, что ущерб был причинен передающим учреждением;
- г) если национальное законодательство, в рамках которого действует передающее учреждение, предусматривает в отношении передаваемых сведений, касающихся физических лиц, особые правила уничтожения, то передающее учреждение указывает на это получателя. Независимо от этого законодательства, передаваемые сведения, касающиеся физических лиц, подлежат уничтожению, если они не требуются более для целей, для которых они были переданы;

- в) Договаривающиеся Государства обязаны документально зарегистрировать передачу и получение сведений, касающихся физических лиц;
- г) передающее и принимающее учреждения обязаны охранять передаваемые в отношении физических лиц сведения от доступа к ним, их размещения и разглашения лицами, не имеющими на то право.

Статья 27

Дипломатические и консульские привилегии

Положения настоящего Соглашения не затрагивают обычных привилегий, предоставляемых дипломатическим представительствам и консульским учреждениям, а также их сотрудникам и членам семей сотрудников в соответствии с нормами международного права или на основании специальных соглашений.

Статья 28

Вступление в силу

1. Настоящее Соглашение подлежит ратификации. Обмен ратификационными грамотами состоится в возможно короткое время.
2. Настоящее Соглашение вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами и его положения будут применяться:
 - а) в отношении удерживаемых у источника платежей с дивидендов, процентов и авторских вознаграждений и лицензионных платежей - к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступит в силу;
 - б) в отношении прочих налогов - к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступит в силу.
3. С вступлением настоящего Соглашения в силу в отношении между Федеративной Республикой Германии и Российской Федерацией Соглашение Федеративной Республики Германии и Союза Советских Социалистических Республик об избежании

действующего налогообложения доходов и имущества, подписанное 24 ноября 1981 года, утрачивает силу:

- а) в отношении удерживаемых у источника налогов с дивидендов, процентов и авторских вознаграждений и лицензионных платежей - к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступит в силу;
- б) в отношении прочих налогов - к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором настоящее Соглашение вступит в силу.

Статья 29 Срок действия

Настоящее Соглашение остается в силе на неопределенный срок, однако каждое из Договаривающихся Государств после истечения пяти лет с даты вступления настоящего Соглашения в силу может денонсировать его путем письменного уведомления другого Договаривающегося Государства по дипломатическим каналам не позднее чем до 30 июня любого календарного года. В таком случае настоящее Соглашение не подлежит дальнейшему применению:

- а) в отношении удерживаемых у источника налогов с дивидендов, процентов и авторских вознаграждений и лицензионных платежей - к суммам, которые выплачиваются 1 января либо после 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения;
- б) в отношении прочих налогов - к суммам налогов, которые взимаются за период, начиная с 1 января календарного года, следующего за годом, в котором заявлено о денонсации Соглашения.

Соперничю в double "29" class 1996 года в двух экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причем оба текста имеют одинаковую силу.

За Федеративную
Республику Германия

Ernst Faj v. Gendrich

Theodor Kari

За Российскую
Федерацию



ПРОТОКОЛ

Федеративная Республика Германия

и

Российская Федерация

при подписании Соглашения между обеими Государствами об избежании двойного налогообложения в отношении налогов на доходы и имущество, состоявшегося "29" август 1996 года в г. Москве, согласились о нижеследующих положениях, которые являются неотъемлемой частью Соглашения:

1. К статье 2

Считается согласованным, что Соглашение применяется к упомянутым в статье 2 налогам, установленным на федеральном, региональном и местном уровнях.

2. К статье 7

а) К строительной площадке или объекту монтажа в Договаривающемся Государстве, в котором находится постоянное представительство, могут быть отнесены лишь те суммы прибыли, которые вытекают непосредственно из этой деятельности. Суммы прибыли, получаемые от поставки товаров, произведенных в связи с этой деятельностью или без всякого отношения к ней любым подразделением либо другим настоящим представительством предприятия или третьим лицом, не подлежат отнесению к строительной площадке или объекту монтажа;

б) Доходы резидента Договаривающегося Государства, связанные с осуществлением им в этом Договаривающемся Государстве проектных, проектно-конструкторских или научно-исследовательских работ, а также технических услуг, связанных с постоянным представительством в другом Договаривающемся Государстве, не относятся к этому источнику представительства.

3. К статьям 7 и 9

Считается согласованным, что суммы процентов, которые выплачивает компания, являющаяся резидентом одного Договаривающегося Государства и в которой участвует резидент другого Договаривающегося Государства, подлежат неограниченному вычету при исчислении налогооблагаемой прибыли этой компании в первом упомянутом Государстве, независимо от того, выплачиваются ли эти суммы процентов банку или другому лицу, и независимо от срока действия ссуды. Такой вычет, однако, не может превышать суммы, которые согласовывались бы независимыми предприятиями при сопоставимых условиях. Сопоставляющиеся положения применяются к издержкам на рекламу. Предыдущие положения также распространяются на суммы процентов и издержки на рекламу, выплачиваемые постоянным представительством.

4. К статье 10

Применительно к Федеративной Республике Германии термин „дивиденды“ включает также доходы негласного участника от его долевого участия как такового и выплаты по сертификатам своего инвестиционного фонда.

5. К статьям 10 и 11

Несмотря на положения указанных статей, доходы, возникающие в Договаривающемся Государстве, могут облагаться налогом в соответствии с законодательством этого Государства, если они:

- а) основаны на правах или долговых требованиях, предусматривающих участие в прибыли (применительно к Федеративной Республике Германия включая доходы негласному участника, получаемые им от долевого участия как такового, доходы от осул, содержащих право на участие в прибыли, и облигаций с правом на участие в прибыли) и
- б) подлежат вычету при исчислении прибыли плательщика этих доходов.

6. К статье 15

Считается согласованным, что несмотря на положения статьи 15, вознаграждения, выплачиваемые за счет государственных средств в Федеративной Республике Германия сотрудникам Института имени Гете или Академической службы „Дойчер академисер аустаундинст“, направленным в Российскую Федерацию, могут облагаться налогом только в Федеративной Республике Германия. Если указанные вознаграждения не облагаются там налогом, то применяются положения статьи 15. Компетентные органы могут согласовать адекватное применение указанных положений к вознаграждениям, выплачиваемым лицам, направляемым аналогичными учреждениями Договаривающихся Государств.

Положения настоящего пункта Протокола применяются также к вознаграждениям, выплачиваемым в рамках осуществления программы технической помощи Федеративной Республикой Германия, одной из ее земель или одним из их территориально-административных образований исключительно за счет своих средств лицам, направленным в Российскую Федерацию, если такие программы согласованы с соответствующими российскими органами государственной власти или управления либо органами местного самоуправления.

7. К статье 25

- а) Договаривающиеся Государства едины в том, что положения статьи 24 применяются также к налогам, не указанным в статье 2, и что возможные проблемы при этом рассматриваются согласно процедуре, предусмотренной положениями статьи 25;

b) Каждое Договаривающееся Государство разработает процедуры, обеспечивающие выплату доходов без удержания либо с удержанием суммы налога, предусмотренной Соглашением, применительно к доходам, не подлежащим налогообложению согласно положениям его статей 10, 11 и 12 или подлежащим сниженному налогообложению в государстве-источнике этого дохода. Если при таких выплатах была удержана более высокая сумма налога, чем предусмотренная Соглашением, то излишняя сумма возращается в течение одного года со дня поступления заявления, требуемого для этих целей.

За Федеративную
Республику Германия

*Christoph Jörg vs. Friedrich
Tina der Haiqel*

За Российскую
Федерацию



[TRANSLATION – TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND
THE RUSSIAN FEDERATION FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE
TAXATION WITH RESPECT TO TAXES ON INCOME AND CAPITAL

The Federal Republic of Germany and the Russian Federation,

Desiring to conclude an agreement on the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital,

Have agreed as follows:

Article 1. Persons covered

This Agreement shall apply to persons who are residents of one or both of the Contracting States.

Article 2. Taxes covered

1) This Agreement shall apply to taxes on income and on capital imposed in accordance with the tax law of each Contracting State, irrespective of the manner in which they are levied.

2) There shall be regarded as taxes on income and on capital all taxes imposed on total income, on total capital, or on elements of income or of capital, including taxes on gains from the alienation of movable or immovable property.

3) The existing taxes to which this Agreement shall apply are in particular:

a) In the Russian Federation:

the tax on profits of enterprises and organisations;

the tax on income of individuals;

the capital gains tax of enterprises; and

the capital gains tax of individuals;

hereinafter referred to as the “Russian tax”;

b) In the Federal Republic of Germany:

the income tax;

the corporation tax;

the capital gains tax;

the trade tax; and

the solidarity surcharge;

hereinafter referred to as the “German tax”.

4. The present Agreement shall apply also to any identical or substantially similar taxes that are imposed after the date of signature of this Agreement in addition to, or in place of, the existing taxes. The competent authorities of the Contracting States shall notify each other, as required, of any changes that have been made in their taxation laws.

Article 3. General definitions

1. For the purposes of this Agreement, unless the context otherwise requires:
 - a) The terms “a Contracting State” and “the other Contracting State” shall mean, as the context requires, either the Russian Federation (Russia) or the Federal Republic of Germany, including their sovereign territories, as well as the exclusive economic zones and the continental shelf;
 - b) The term “person” includes an individual, a company and any other body of persons;
 - c) The term “company” means any body corporate or any entity that is treated as a body corporate for tax purposes;
 - d) The terms “enterprise of a Contracting State” and “enterprise of the other Contracting State” mean respectively an enterprise carried on by a resident of a Contracting State or an enterprise carried on by a resident of the other Contracting State;
 - e) The term “international maritime and air traffic” means any transport by a ship or aircraft operated by an enterprise of a Contracting State, except when the ship or aircraft is operated solely between places in the other Contracting State;
 - f) The term “competent authority” means, on the part of the Russian Federation, the Ministry of Finance of the Russian Federation or an authority authorised by it, and on the part of the Federal Republic of Germany, the Federal Ministry of Finance or any one of its authorised agencies.
2. As regards the application of this Agreement by a Contracting State, any term not defined therein shall, unless the context otherwise requires, have the meaning that it has under the law of that State for the purposes of the taxes to which this Agreement applies.

Article 4. Resident

1. For the purposes of this Agreement, the term “resident of a Contracting State” means any person who, under the laws of that State, is liable to tax therein by reason of his domicile, permanent residence, place of incorporation as a body corporate through registration, place of management or any other criterion of a similar nature. This term, however, does not include any person who is liable to tax in that State in respect only of income from sources in that State or capital situated therein.
2. Where by reason of paragraph 1 an individual is a resident of both Contracting States, then the following provisions shall apply:

- a) The person shall be deemed to be a resident of the State in which he has a permanent home available to him; if he has a permanent home available to him in both States, he shall be deemed to be a resident of the State with which his personal and economic relations are closer (centre of vital interests);
- b) If the State in which the person has his centre of vital interests cannot be determined, or if he has not a permanent home available to him in either State, he shall be deemed to be a resident only of the State in which he has an habitual abode;
- c) If the person has an habitual abode in both States or in neither of them, he shall be deemed to be a resident of the State of which he is a national;
- d) If both Contracting States treat him as a national or if neither of the Contracting States regards him as such, the competent authorities of the Contracting States shall settle the question by mutual agreement.

3. Where by reason of paragraph 1 a person other than an individual is a resident of both Contracting States, then it shall be deemed to be a resident of the State in which its place of effective management is situated.

Article 5. Permanent establishment

1. For the purposes of this Agreement, the term “permanent establishment” means a fixed place of business through which the business of an enterprise is wholly or partly carried on.

2. The term “permanent establishment” includes especially:

- a) a place of management;
- b) a branch;
- c) an office;
- d) a factory;
- e) a workshop; and
- f) a mine, an oil or gas well, a quarry or another place of extraction of natural resources.

3. A building site or installation project constitutes a permanent establishment only if it lasts more than twelve months.

4. Notwithstanding the preceding provisions of this article, the following shall not be deemed to be permanent establishments:

- a) The use of facilities solely for the purpose of storage, display or delivery of goods or merchandise belonging to the enterprise;
- b) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of storage, display or delivery;
- c) The maintenance of a stock of goods or merchandise belonging to the enterprise solely for the purpose of processing by another enterprise;

- d) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of purchasing goods or merchandise or of collecting information, for the enterprise;
- e) The maintenance of a fixed place of business solely for the purpose of carrying on, for the enterprise, any other activity of a preparatory or auxiliary character;
- f) The maintenance of a fixed place of business solely for any combination of activities mentioned in subparagraphs a) to e), provided that the overall activity of the fixed place of business resulting from this combination is of a preparatory or auxiliary character.

5. Notwithstanding the provisions of paragraphs 1 and 2 of this article, where a person — other than an agent of an independent status to whom paragraph 6 applies — is acting on behalf of an enterprise and has, and habitually exercises, in a Contracting State an authority to conclude contracts in the name of the enterprise, that enterprise shall be deemed to have a permanent establishment in that State in respect of all activities which that person undertakes for the enterprise, unless the activities of such person are limited to those mentioned in paragraph 4 of this article which, if exercised through a fixed place of business, would not make this fixed place of business a permanent establishment under the provisions of that paragraph.

6. An enterprise shall not be deemed to have a permanent establishment in a Contracting State merely because it carries on business in that State through a broker, general commission agent or any other agent of an independent status, provided that such persons are acting in the ordinary course of their business.

7. The fact that a company which is a resident of a Contracting State controls or is controlled by a company which is a resident of the other Contracting State, or which carries on business in that other State (whether through a permanent establishment or otherwise), shall not of itself make either company a permanent establishment of the other.

Article 6. Income from immovable property

1. Income derived by a resident of a Contracting State from immovable property (including income from agriculture or forestry) situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.

2. The term “immovable property” shall have the meaning which it has under the law of the Contracting State in which the property in question is situated. The term shall in any case include property accessory to immovable property, livestock and equipment used in agriculture and forestry, rights to which the provisions of general law respecting landed property apply, usufruct of immovable property and rights to variable or fixed payments as consideration for the operation of, or the right to operate, mineral deposits, sources and other natural resources. Ships and aircraft shall not be regarded as immovable property.

3. Paragraph 1 shall apply to income derived from the direct use, letting, or leasing or use in any other form of immovable property.

4. Paragraphs 1 and 3 shall also apply to the income from immovable property of an enterprise and for income from immovable property used for the performance of independent personal services.

Article 7. Business profits

1. The profits of an enterprise of a Contracting State shall be taxable only in that State unless the enterprise carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein. If the enterprise carries on business as aforesaid, the profits of the enterprise may be taxed in the other State only to the extent that they can be attributable to that permanent establishment.

2. Subject to the provisions of paragraph 3, where an enterprise of a Contracting State carries on business in the other Contracting State through a permanent establishment situated therein, there shall in each Contracting State be attributed to that permanent establishment the profits which it might be expected to make if it were a distinct and separate enterprise engaged in the same or similar activities under the same or similar conditions and dealing wholly independently with the enterprise of which it is a permanent establishment.

3. In determining the profits of a permanent establishment, there shall be allowed as deductions expenses which are incurred for the purposes of the permanent establishment, including executive and general administrative expenses so incurred, irrespective of whether they arise in the State in which the permanent establishment is situated or elsewhere.

4. Insofar as in exceptional cases it proves to be impossible, or involves unreasonable conditions, to determine, in a Contracting State, the profits of a permanent establishment in accordance with paragraph 2, then nothing in paragraph 2 shall preclude the profit to be attributed to a permanent establishment from being determined by means of the apportionment of the total profits of the enterprise among its various parts. The method of apportionment adopted shall, however, be such that the result shall be in accordance with the principles contained in this article.

5. No profits shall be attributed to a permanent establishment by reason of the mere purchase by that permanent establishment of goods or merchandise for the enterprise.

6. For the purposes of the application of the preceding paragraphs, the profits to be attributed to the permanent establishment shall be determined by the same method year by year unless there is good and sufficient reason to the contrary.

7. Where profits include items of income which are dealt with separately in other articles of this Agreement, then the provisions of those articles shall not be affected by the provisions of this article.

Article 8. Income from international maritime and air transport

1. Income derived by a resident of a Contracting State from the operation of ships or aircraft in international maritime and air traffic shall be taxable only in that Contracting

State. The preceding sentence shall equally be applicable to income derived from the operation of vessels on inland waterways.

2. Paragraph 1 shall be applicable also to income from the use, maintenance or leasing of containers (including trailers and related equipment which is used for the transportation of the containers), provided that the use, maintenance or leasing is for the purposes of the operation of ships, inland waterway vessels or aircraft in international maritime and air traffic.

3. Paragraphs 1 and 2 shall also apply to income derived from participation in a pool, a joint business or an international operating agency.

Article 9. Associated enterprises

1. Where:

- a) an enterprise of a Contracting State participates directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of the other Contracting State, or
- b) the same persons participate directly or indirectly in the management, control or capital of an enterprise of a Contracting State and an enterprise of the other Contracting State,

and in either case conditions are made or imposed between the two enterprises in their commercial or financial relations which differ from those which would be made between independent enterprises, then any profits which would, but for those conditions, have accrued to one of the enterprises, but, by reason of those conditions, have not so accrued, may be included in the profits of that enterprise and taxed accordingly.

Article 10. Dividends

1. Dividends paid by a company which is a resident of a Contracting State to a resident of the other Contracting State may be taxed in that Contracting State of which the company paying the dividend is deemed a resident, in accordance with the laws of that State; however, the tax shall not exceed:

- a) 5 per cent of the gross amount of the dividends if the beneficial owner is a company that directly holds at least 10 per cent of the initial capital or the share capital of the company paying the dividends and this share of the capital amounts to at least DM 160,000 or the corresponding amount in roubles;
- b) 15 per cent of the gross amount of the dividends in all other cases.

This paragraph shall not affect the taxation of the company in respect of the profits out of which the dividends are paid.

2. The term “dividends” as used in this article means income from shares, including mining shares, “jouissance” rights or “jouissance” shares, or other rights, not being debt-claims, participating in profits, as well as other income which is subjected to the same taxation treatment as income from shares by the laws of the State of which the company making the distribution is a resident.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the dividends, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State of which the company paying the dividends is a resident through a permanent establishment situated therein or performs other independent personal services from a fixed base situated therein, and the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of article 7 or article 14 shall apply.

4. Where a company which is a resident of a Contracting State derives profits or income from the other Contracting State, that other State may not impose any tax on the dividends paid by the company, except insofar as such dividends are paid to a resident of that other State or insofar as the holding in respect of which the dividends are paid is effectively connected with a permanent establishment or fixed base situated in that other State, nor subject the company's undistributed profits to a tax on the company's undistributed profits, even if the dividends paid or the undistributed profits consist wholly or partly of profits or income arising in such other State.

Article 11. Interest

1. Interest arising in a Contracting State and paid to a resident of the other Contracting State may — provided that the resident is the beneficial owner of the interest — be taxed in that other State only.

2. The term “interest” as used in this article means income from debt-claims of every kind, even if they are secured by mortgage or carry a right to participate in the debtor's profits, and, in particular, income from government, bonds or debentures, including premiums and prizes attaching to such securities, bonds or debentures. Penalty charges for late payment shall not be regarded as interest for the purpose of this article.

3. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the interest, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the interest arises through a permanent establishment situated therein or performs other independent personal services from a fixed base situated therein, and the debt-claim in respect of which the interest is paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case the provisions of article 7 or article 14 shall apply.

4. Interest shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State as represented by its authorities, one of its regional administrative bodies or a resident of that State. Where, however, the person paying the interest, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with either of which the indebtedness on which the interest is paid was incurred, and such interest is borne by such permanent establishment or fixed base, then such interest shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

5. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the interest, having regard to the debt-claim for which it is paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the

provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 12. Royalties

1. Royalties arising in a Contracting State and paid to a resident in the other Contracting State shall be taxable only in that other State provided that the recipient of the royalties is their beneficial owner.

2. The term “royalties” as used in this article means amounts of any kind paid in relation to the use, or the right to use, of any copyright of literary, artistic or scientific work, including cinematographic films and recordings on tape or other mediums for use in radio and television broadcasts, or other means of information reproduction and information dissemination, and computer programmes, or for the use, or the right to use, of industrial, commercial or scientific equipment, or for the communication of industrial, commercial or scientific experience.

3. The provisions of this article shall also apply to payments for technical services, where such services are performed in connection with the sale of goods or equipment, or with the assignment of rights or the communication of experience in the sense of paragraph 2.

4. The provisions of paragraph 1 shall not apply if the beneficial owner of the royalties, being a resident of a Contracting State, carries on business in the other Contracting State in which the royalties arise through a permanent establishment situated therein or performs other independent personal services from a fixed base situated therein, and the right or property in respect of which the royalties are paid is effectively connected with such permanent establishment or fixed base. In such case, the provisions of article 7 or article 14 shall apply.

5. Royalties shall be deemed to arise in a Contracting State when the payer is that State as represented by its authorities, one of its regional administrative bodies or a resident of that State. Where, however, the person paying the royalties, whether he is a resident of a Contracting State or not, has in a Contracting State a permanent establishment or a fixed base in connection with either of which the indebtedness on which the royalties is paid was incurred, and such royalties are borne by such permanent establishment or fixed base, then such royalties shall be deemed to arise in the State in which the permanent establishment or fixed base is situated.

6. Where, by reason of a special relationship between the payer and the beneficial owner or between both of them and some other person, the amount of the royalties, having regard to the debt-claim for which they are paid, exceeds the amount which would have been agreed upon by the payer and the beneficial owner in the absence of such relationship, the provisions of this article shall apply only to the last-mentioned amount. In such case, the excess part of the payments shall remain taxable according to the laws of each Contracting State, due regard being had to the other provisions of this Agreement.

Article 13. Capital gains

1. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of immovable property situated in the other Contracting State may be taxed in that other State.
2. Gains from the alienation of movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or of movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State for the purpose of performing independent personal services in the other Contracting State, including such gains from the alienation of such a permanent establishment (alone or with the whole enterprise) or of such a fixed base, may be taxed in that other State.
3. Gains derived by a resident of a Contracting State from the alienation of ships or aircraft operated in international maritime or air traffic, inland waterway vessels or movable property pertaining to the operation of such ships, aircraft or vessels, shall be taxable only in that Contracting State.
4. Gains from the alienation of any property not mentioned in paragraphs 1 to 3 shall be taxable only in the Contracting State of which the alienator is a resident.

Article 14. Income from independent personal services

1. Income derived by a resident of a Contracting State in respect of professional services or other activities of an independent character shall be taxable in the other Contracting State only if the person has a fixed base available in that other State for the purpose of performing his or her activities. However, only that income shall be taxable that is attributable to this fixed base.
2. The term “professional services” includes, in particular, independent scientific, literary, educational or teaching activities, independent artistic activities, as well as the independent activities of physicians, attorneys, engineers, architects, dentists and accounting experts.

Article 15. Income from employment

1. Subject to articles 16, 18 and 19, salaries, wages and other similar remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment shall be taxable in the other Contracting State only if the employment is exercised in that other Contracting State.
2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, remuneration derived by a resident of a Contracting State in respect of an employment exercised in the other Contracting State shall be taxable only in the first-mentioned State if the following conditions have been fulfilled:
 - a) the recipient is present in the other State for a period not exceeding in the aggregate 183 days in any twelve-month period commencing or ending in the fiscal year concerned; and

- b) the remuneration is paid by, or on behalf of, an employer who is not a resident of the other State; and
- c) the remuneration is not borne by a permanent establishment or a fixed base which the employer has in the other State.

3. Notwithstanding the preceding provisions of this article, remuneration derived in respect of an employment exercised aboard a ship or aircraft operated in international maritime or air traffic, or aboard an inland waterways vessel, may be taxed in the Contracting State of which the enterprise operating these means of transportation is a resident.

Article 16. Directors' fees

Directors' fees and other similar payments derived by a resident of a Contracting State in his capacity as a member of the supervisory board or board of directors of a company which is a resident of the other Contracting State may be taxed in that other State.

Article 17. Income from the activities of artists and sportsmen

1. Notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, income derived by a resident of a Contracting State from performing his personal activities in the other Contracting State as an entertainer (such as a theatre, motion picture, radio or television artist or a musician) or as a sportsman, may be taxed in that other State.

2. Where income in respect of personal activities exercised by an entertainer or a sportsman in his capacity as such accrues not to the entertainer or sportsman himself but to another person, that income may, notwithstanding the provisions of articles 7, 14 and 15, be taxed in the Contracting State in which the activities of the entertainer or sportsman are exercised.

3. Paragraphs 1 and 2 shall not apply to income from the activities carried out by artists or athletes in a Contracting State if their performances in this State are entirely or more than half financed by public funds of the other State, one of its regional administrative bodies, or of an agency that is recognised in the other State as a non-profit institution. In such a case, the income is taxable only in the Contracting State of which the artist or sportsman is a resident.

Article 18. Pensions

Subject to paragraph 1 of article 19, pensions and other similar remuneration paid to a resident of a Contracting State in consideration of past employment shall be taxable only in that State.

Article 19. Income from government service

1. Remuneration, including pensions, paid by a Contracting State as represented by its authorities or one of its regional administrative bodies to an individual in respect of services rendered to that State or regional administrative body shall be taxable only in that

State. However, such remuneration shall be taxable in the other Contracting State only if the services are rendered in that other State, the individual is a resident of that State, and is not a national of the first-mentioned State.

2. Articles 15, 16, and 18 shall apply to remunerations and pensions in respect of services rendered in connection with business carried on for a Contracting State as represented by its authorities or one of its regional administrative bodies.

3. Indemnities paid by a Contracting State as represented by its authorities or one of its regional administrative bodies in the form of pensions, life annuities and other recurring or one-off payments for damages arising from acts of war or political persecution, shall only be taxable in that State.

Article 20. Teachers, students and other persons in education

1. An individual sojourning at the invitation of a Contracting State or a university, secondary school, museum or other cultural institution of this Contracting State or as part of an official cultural exchange in this Contracting State for a period not exceeding two years solely to carry out a teaching, lecturing or research activity at one of these institutions, and being a resident of the other Contracting State, or having been a resident thereof immediately prior to entry into the first-mentioned state, shall be exempt from taxes in the first-mentioned Contracting State with respect to his or her remuneration received for this activity, provided that said remuneration is drawn from outside this State.

2. Payments which a student, apprentice or trainee, who is staying in a Contracting State solely for the purpose of studying or training, and who is a resident of the other Contracting State, or was a resident in that State immediately prior to entry into the first-mentioned state, receives for his maintenance, education or his or her training may not be taxed in the first-mentioned State, provided that such payments arise from sources outside that State.

Article 21. Other income

Items of income of a resident of a Contracting State, wherever they may arise, not dealt with in the preceding articles of this Agreement shall be taxable only in that State.

Article 22. Capital

1. Capital represented by immovable property owned by a resident of a Contracting State and situated in the other Contracting State, may be taxed in that other State.

2. Capital represented by movable property forming part of the business property of a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State, or by movable property pertaining to a fixed base available to a resident of a Contracting State for the carrying out of independent personal services in the other Contracting State may be taxed in that other State.

3. Oceangoing ships, inland waterway vessels and aircraft operated in international maritime and air traffic by an enterprise resident in a Contracting State, as well as mov-

able property pertaining to the operation of such ships, vessels and aircraft, shall be taxable only in that Contracting State.

4. All other elements of capital of a resident of a Contracting State shall be taxable only in that State.

Article 23. Avoidance of double taxation

1. In the case of a resident of the Russian Federation, double taxation shall be avoided as follows:

Where a resident of the Russian Federation derives income or owns capital which, in accordance with the provisions of this Agreement, is liable to taxation in the Federal Republic of Germany, the amount of tax levied in the Federal Republic of Germany on this income or this capital shall be deducted from the tax to which this individual is liable in the Russian Federation. This deduction, however, shall not exceed the amount of tax calculated on such income or capital in accordance with the laws and regulations of the Russian Federation.

2. In the case of a resident of the Federal Republic of Germany, double taxation shall be avoided as follows:

- a) The income from the Russian Federation as well as property assets situated therein, which, according to this Agreement, may be taxed in the Russian Federation, shall be exempt from the German tax, insofar as the charge according to subparagraph b) does not apply. The Federal Republic of Germany, however, shall retain the right to take into account the exempted income or property assets when calculating the tax rate.

This exemption shall apply to dividends only where such dividends are paid to an enterprise resident in the Federal Republic of Germany by an enterprise resident in the Russian Federation, at least 10 per cent of the capital of which is owned directly by the German company.

Shareholdings shall be exempted from taxes on property, if the dividends in respect of which, if paid or if they would have been paid, are to be exempted from tax according to the preceding clause.

- b) The following items of income:
- aa) dividends not included subparagraph a);
 - bb) directors' fees;
 - cc) income of artists and sportsmen,
- arising from the Russian Federation and the property assets located there which are liable to the German income, corporate and capital gains taxes, shall, in observance of the provisions of German tax law concerning the crediting of foreign taxes, have credited to them the Russian tax paid in accordance with both Russian law and this Agreement.
- c) Irrespective of the provisions of subparagraph a), income as defined in articles 7 and 10 and profits from the alienation of the business property of a permanent establishment, as well as the property assets that form the basis

of such profits, shall only be exempted from the German tax if the individual residing in the Federal Republic of Germany demonstrates that the permanent establishment, in the fiscal year in which it made the profit, or the enterprise residing in the Russian Federation, in the fiscal year for which it has planned the distribution, has derived its gross proceeds exclusively or almost exclusively from activities falling under Section 8, paragraph 1, numbers 1 through 6, of the German foreign tax law, or from holdings falling under Section 8, paragraph 2, of this law.

- d) Where an enterprise residing in the Federal Republic of Germany uses income from the Russian Federation for the purpose of distribution, then subparagraph a) shall not exclude the establishment of the distribution charge in accordance with the provisions of German tax law.
- e) Notwithstanding the provisions of subparagraph a), double taxation shall be avoided by means of tax offsets in accordance with subparagraph b):
 - aa) if, in the Contracting States income or property is classified under different provisions of the Agreement or is assigned to different persons (except as per article 9) and these differences of opinion cannot be resolved with the procedure as per article 25, paragraph 3, and if, due to this differing classification or assignment, the items of income or property in question would remain untaxed or would be taxed insufficiently; or
 - bb) if a Contracting State, after appropriate consultation and notwithstanding the restrictions of its domestic law, notifies the other Contracting State through the diplomatic channel of other items of income to which it intends to apply this paragraph. The notification shall only take effect on the first day of the calendar year that follows the year in which the notification was made and in which all the legal requirements under the domestic law of the notifying State have been fulfilled for the entry into force of the notification.

Article 24. Non-discrimination

1. Nationals of a Contracting State shall not be subjected in the other Contracting State to any taxation or any requirement connected therewith, which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which nationals of that other State in the same circumstances are or may be subjected. This provision shall also apply to all legal persons, joint partnerships and other associations of persons that have been established in accordance with the legislation of one of the Contracting States.

2. The taxation on a permanent establishment which an enterprise of a Contracting State has in the other Contracting State shall not be less favourably levied in that other State than the taxation levied on enterprises of that other State carrying on the same activities. This provision shall not be construed as obliging a Contracting State to grant to residents of the other Contracting State any personal allowances, reliefs and reductions for taxation purposes which it grants only to its own residents.

3. Except where the provisions of article 9, article 11, paragraph 5, or article 12, paragraph 6 apply, interest, royalties and other disbursements paid by an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable profits of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been paid to a resident of the first-mentioned State. Similarly, any debts of an enterprise of a Contracting State to a resident of the other Contracting State shall, for the purpose of determining the taxable capital of such enterprise, be deductible under the same conditions as if they had been contracted to a resident of the first-mentioned State.

4. Enterprises of a Contracting State, the capital of which is wholly or partly owned or controlled, directly or indirectly, by one or more residents of the other Contracting State, shall not be subjected in the first-mentioned State to any taxation or any requirement connected therewith which is other or more burdensome than the taxation and connected requirements to which other similar enterprises of the first-mentioned State are or may be subjected.

Article 25. Mutual agreement procedure

1. Where a person considers that the actions of one or both of the Contracting States result or will result for him in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement, he or she may, irrespective of the remedies provided by the domestic law of those States, present his or her case to the competent authority of the Contracting State of which he or she is a resident or. The case must be presented within three years from the first notification of the action resulting in taxation not in accordance with the provisions of this Agreement.

2. The competent authority shall endeavour, if the objection appears to it to be justified and if it is not itself able to arrive at a satisfactory solution, to resolve the case by mutual agreement with the competent authority of the other Contracting State, with a view to the avoidance of taxation which is not in accordance with the present Agreement. Any agreement reached shall be implemented notwithstanding any time limits in the domestic law of the Contracting States.

3. The competent authorities of the Contracting States shall endeavour to resolve by mutual agreement any difficulties or doubts arising as to the interpretation or application of this Agreement. They may also consult together for the avoidance of double taxation in cases not provided for in the present Agreement.

4. The competent authorities of the Contracting States shall resolve by mutual agreement how the regulations contained in this Agreement on the deduction of tax at source are to be implemented.

5. The competent authorities of the Contracting States may communicate with each other directly for the purpose of reaching an agreement in the sense of the preceding paragraphs.

Article 26. Exchange of information

1. The competent authorities of the Contracting States shall exchange such information as is necessary for the implementation of this Agreement or of the domestic laws of the Contracting States concerning the taxes that fall under this Agreement, insofar as the taxation thereunder is not contrary to this Agreement. The exchange of information is not restricted by article 1. Any information received by a Contracting State shall be treated as secret in the same manner as information obtained under the domestic laws of that State and shall be disclosed only to persons or authorities (including courts and administrative bodies) concerned with the assessment or collection of, the enforcement or prosecution in respect of, or the determination of appeals in relation to the taxes referred to in this Agreement. Such persons or authorities shall use the information only for such purposes. They may disclose the information in public court proceedings or in judicial decisions.

2. In no case shall paragraph 1 be construed so as to impose on a Contracting State the obligation:

- a) To carry out administrative measures at variance with the laws and administrative practice of that or of the other Contracting State;
- b) To supply information which is not obtainable under the laws or in the normal course of the administration of that or of the other Contracting State;
- c) To supply information which would disclose any trade, industrial, commercial or professional secret or trade process, the disclosure of which would be contrary to public policy (*ordre public*).

3) If personal data are transmitted based on this Agreement in accordance with the standards of domestic law, the following provisions shall apply as supplement, due regard being had for the domestic statutory provisions that apply for each Contracting State:

- a) The authority receiving the data may only use them for the stated purpose and on the terms and conditions prescribed by the transmitting authority;
- b) The competent authority that receives the information, upon the request of the competent authority that transmitted the information, shall provide notification regarding its use and the results achieved;
- c) Personal data may only be transmitted to the competent authorities. Forwarding to other authorities may only take place with the prior consent of the transmitting authority;
- d) The authority that transmits the information is obligated to pay attention to the correctness of the data to be transmitted as well as to their necessity and proportionality with respect to the purpose pursued with the transmittal. In so doing, prohibitions on transmittal according to respective applicable domestic law shall be observed. Should it transpire that incorrect data or data that should not have been transmitted were transmitted, the recipient is to be immediately informed thereof. He is obligated to correct or delete such information;
- e) The person in question shall be notified upon request regarding the data to be transmitted concerning him as well as regarding the purpose of the

transmission. No obligation to provide this information shall exist if it is deemed that the public interest in not providing the information outweighs the interest of the person in question. In other respects, the right of the person in question to be informed of the existing data concerning him shall be governed by the domestic law of the Contracting State in whose territory the information has been sought;

- f) If a person is wrongfully harmed as a consequence of data transmittals under the data exchange provisions of this Agreement, the receiving authority shall be liable to him therefor in accordance with its domestic law. It may not claim in its defence with respect to the injured party that the damage was caused by the transmitting State;
- g) Insofar as the domestic law applicable to the transmitting authority contains special provisions on the deletion of transmitted personal data, that authority shall notify the receiving authority thereof. Regardless of such law, transmitted personal data shall be deleted as soon as they are no longer needed for the purpose for which they were transmitted;
- h) The transmitting and receiving authorities shall be obliged to ensure that a record is made of the transmittal and the receipt of personal data;
- i) The transmitting and receiving authorities shall be obliged to protect the transmitted personal data effectively against unauthorized access, unauthorized alteration, and unauthorized disclosure.

Article 27. Diplomatic and consular privileges

Nothing in this Agreement shall affect the fiscal privileges that are due to diplomatic missions or consular posts, as well as to their members and their families, under the rules of international law or based on special agreements.

Article 28. Entry into force

1. The present Agreement shall be ratified. The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible.

2. The present Agreement shall enter into force on the day of the exchange of instruments of ratification and it is to apply:

- a) In the case of taxes withheld at source of dividends, interest and royalties, to the amounts paid on or after 1 January of the calendar year following the year in which this Agreement entered into force;
- b) In the case of other taxes, to the taxes that are levied for periods beginning on 1 January of the calendar year following the year in which this Agreement entered into force.

3. With the entry into force of this Agreement, the Convention of 24 November 1981 between the Federal Republic of Germany and the Union of Soviet Socialist Republics for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income

and capital ceases to have effect between the Federal Republic of Germany and Russian Federation with respect:

- a) In the case of taxes withheld at source of dividends, interest and royalties, to the amounts paid on or after 1 January of the calendar year following the year in which this Agreement entered into force;
- b) In the case of other taxes, to the taxes that are levied for periods beginning on 1 January of the calendar year following the year in which this Agreement entered into force.

Article 29. Termination

This Agreement shall remain in force for an indefinite period. Either Contracting State may, however, terminate this Agreement in writing through the diplomatic channel up to 30 June of any calendar year beginning after the expiration of a period of five years from the date of its entry into force. In such event, this Agreement shall cease to have effect:

- a) In the case of taxes withheld at source of dividends, interest and royalties, to the amounts paid on or after 1 January of the calendar year following the termination year;
- b) In the case of other taxes, to the taxes that are levied for periods beginning on 1 January of the calendar year following the termination year.

DONE in Moscow on 29 May 1996, in two originals, each in the German and Russian languages, each text being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

ERSNT JÖRG VON STUDNITZ

THEODOR WAIGEL

For the Russian Federation:

KADNNIKOV

PROTOCOL

The Federal Republic of Germany and the Russian Federation,

Have agreed the following provisions with regard to the signing of this Agreement between the two States for the avoidance of double taxation with respect to taxes on income and capital on 29 May 1996, in Moscow. These provisions form an integral part of this Agreement:

1. Ad Article 2

It has been agreed that this Agreement shall apply to the taxes listed under article 2 that are levied at the federal, regional and local levels.

2. Ad Article 7

- a) Only such profits may be attributed to a building site or installation project in the Contracting State in which the permanent establishment is located which are a result of these activities in themselves. Profits that stem from a delivery of goods, which is connected with these activities or resulted independently, by the principal permanent establishment or by another permanent establishment or a third person, shall not be attributed to the building site or installation project.
- b) Income of a resident of a Contracting State that results from planning, project design, construction or research work, as well as technical services, which that person performs in that Contracting State and which are connected to a permanent establishment maintained in the other Contracting State, shall not be attributed to said permanent establishment.

3. Ad Articles 7 and 9

It is agreed that interest, paid by a company resident in a Contracting State and in which a person resident in the other Contracting State holds a stake, irrespective of whether this interest is paid to a bank or to another person, and irrespective of the term of the loan, shall be tax deductible, without limitation, when calculating the taxable profits of the aforementioned company in the first-mentioned State. This deduction must not, however, exceed the amount that independent companies would agree to under comparable circumstances. The same applies for the cost of advertising. The aforementioned arrangements shall also apply to interest and advertising costs that are paid by a permanent establishment.

4. Ad Article 10

In the case of the Federal Republic of Germany, the term “dividends” shall also mean income derived by a silent partner from his or her holding as a silent partner. It shall also mean disbursements regarding fund units in an investment asset.

5. Ad Articles 10 and 11

Irrespective of the provisions of these articles, items of income that arise from a Contracting State can be taxed in accordance with the law of this Contracting State, where they

- a) rest on rights and profit-sharing claims (including in the Federal Republic of Germany the income of a silent partner from his or her holding, income from profit participating loans and income bonds), and
- b) are tax deductible when calculating the profits of the debtor of these items of income.

6. Ad Article 15

It has been agreed that, notwithstanding the provisions of article 15, remuneration paid from public funds in the Federal Republic of Germany to workers of the Goethe-Institut or the German Academic Exchange Service (DAAD) who have been sent to the Russian Federation, shall be taxed only in the Federal Republic of Germany. Should this remuneration not be taxed in the Federal Republic of Germany, then article 15 applies. The competent authorities may agree the corresponding application of the preceding provisions to remuneration paid to persons who are sent to comparable institutions in the Contracting States.

The preceding provisions shall apply accordingly to remuneration paid within the framework of aid programmes of the Federal Republic of Germany, one of its states (Länder) or one of its regional administrative bodies, exclusively out of their means, to persons who have been sent to the Russian Federation, if these programmes have been agreed with the corresponding Russian authorities of the state, the administration or the local self-governing authorities.

7. Ad Article 25

- a) Both Contracting States are in agreement that article 24 shall also be applied to taxes that are not listed in article 2, and that any resulting problems shall be addressed according to the procedures stipulated in article 25.
- b) Each Contracting State shall create procedures, such that, in the case of income that is not subject in the source State to any or only to one reduced tax in accordance with articles 10, 11 and 12, payment can only be made without or only with the tax deduction that is foreseen in this Agreement. Where with payments in these cases a higher tax has been withheld than foreseen in this Agreement,

the amount for the difference shall be reimbursed within one year following the receipt of the claim required for this purpose.

For the Federal Republic of Germany:

ERSNT JÖRG VON STUDNITZ

THEODOR WAIGEL

For the Russian Federation:

KADNNIKOV

[TRANSLATION – TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LA
FÉDÉRATION DE RUSSIE TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPO-
SITION EN MATIÈRE D'IMPÔTS SUR LE REVENU ET SUR LA FOR-
TUNE

La République fédérale d'Allemagne et la Fédération de Russie,
Animées du désir de conclure un Accord tendant à éviter la double imposition en ma-
tière d'impôts sur le revenu et sur la fortune,
Sont convenues de ce qui suit :

Article premier. Personnes visées

Le présent Accord s'applique aux personnes qui sont résidentes de l'un des États contractants ou des deux.

Article 2. Impôts visés

(1) Le présent Accord s'applique aux impôts sur le revenu et sur la fortune prélevés, quel que soit le mode de perception, en vertu du droit fiscal de chacun des États contrac-
tants.

(2) Sont considérés comme impôts sur le revenu et sur la fortune tous les impôts perçus sur le revenu global ou sur la fortune globale ou sur des éléments du revenu ou de la fortune, y compris les impôts sur les gains provenant de l'aliénation de biens meubles ou immeubles.

(3) Les impôts applicables actuellement dans le cadre du présent Accord sont notamment :

- a) Dans la Fédération de Russie :
 - L'impôt sur les bénéfices des sociétés et des organisations;
 - L'impôt sur le revenu des personnes physiques;
 - L'impôt sur la fortune des personnes morales; et
 - L'impôt sur la fortune des personnes physiques;ci-après dénommés « l'impôt russe »;
- b) En République fédérale d'Allemagne :
 - L'impôt sur le revenu (Einkommensteuer);
 - L'impôt sur les sociétés (Körperschaftsteuer);
 - L'impôt sur la fortune (Vermögensteuer);
 - La taxe professionnelle (Gewerbesteuer); et

L'impôt de solidarité (Solidaritätszuschlag);
ci-après dénommés « l'impôt allemand ».

(4) Le présent Accord s'applique également à l'ensemble des impôts de nature identique ou dans une large mesure analogues qui pourraient être établis après sa signature et qui s'y ajouteraient ou se substitueraient aux impôts actuels. Les autorités compétentes des États contractants se communiquent si nécessaire les modifications de fond apportées à leurs législations fiscales respectives.

Article 3. Définitions générales

(1) Aux fins du présent Accord, à moins que le contexte ne requière une interprétation différente :

- a) Les expressions « un État contractant » et « l'autre État contractant » s'entendent, selon le contexte, de la Fédération de Russie (Russie) ou de la République fédérale d'Allemagne, y compris leurs territoires ainsi que les zones économiques exclusives et le plateau continental;
- b) Le terme « personne » s'entend des personnes physiques ou morales et de toute association de personnes;
- c) Le terme « société » s'entend de toute personne morale ou de toute autre entité traitée comme une personne morale au regard de l'impôt;
- d) Les expressions « entreprise d'un État contractant » et « entreprise de l'autre État contractant » s'entendent, respectivement, d'activités industrielles ou commerciales exercées par un résident d'un État contractant ou d'activités industrielles ou commerciales exercées par un résident de l'autre État contractant;
- e) L'expression « trafic maritime et aérien international » s'entend de tout transport effectué par un navire ou un aéronef exploité par une entreprise d'un État contractant, sauf lorsque ce navire ou cet aéronef n'est exploité qu'entre des points situés dans l'autre État contractant;
- f) L'expression « autorité compétente » s'entend, s'agissant de la Fédération de Russie, du Ministère des finances de la Fédération de Russie ou d'une autorité mandatée par celui-ci et, s'agissant de la République fédérale d'Allemagne, du Ministère fédéral des finances ou d'une autorité mandatée par celui-ci.

(2) Aux fins de l'application du présent Accord par un État contractant, toute expression ou tout terme qui n'y est pas défini a, à moins que le contexte n'appelle une interprétation différente, le sens que lui attribue la législation fiscale de cet État à laquelle s'applique l'Accord.

Article 4. Résidence

(1) Aux fins du présent Accord, l'expression « résident d'un État contractant » s'entend de toute personne qui, en vertu de la législation de cet État, y est assujettie à

l'impôt en raison de son domicile, de sa résidence permanente, de son lieu d'établissement inscrit au registre des sociétés, de son siège de direction ou de tout autre critère de nature analogue. Toutefois, cette expression ne s'applique pas aux personnes assujetties à l'impôt dans cet État uniquement pour les revenus provenant de sources ou d'éléments de fortunes situés dans cet État.

(2) Lorsqu'en vertu des dispositions du paragraphe 1, une personne physique est un résident des deux États contractants, sa situation est réglée de la manière suivante :

- a) Cette personne est considérée comme un résident de l'État où elle dispose d'un foyer d'habitation permanent; si elle dispose d'un foyer d'habitation permanent dans les deux États, elle est considérée comme un résident de l'État avec lequel ses liens personnels et économiques sont les plus étroits (centre des intérêts vitaux);
- b) Si l'État où cette personne a le centre de ses intérêts vitaux ne peut être déterminé, ou si elle ne dispose d'un foyer d'habitation permanent dans aucun des deux États, elle est considérée comme un résident de l'État sur le territoire duquel elle séjourne de façon habituelle;
- c) Si cette personne séjourne de façon habituelle dans les deux États ou si elle ne séjourne de façon habituelle dans aucun d'eux, elle est considérée comme un résident de l'État dont elle possède la nationalité;
- d) Si chacun des États contractants la considère comme étant l'un de ses citoyens ou si aucun des États contractants ne la considère comme tel, les autorités compétentes des États contractants prennent sur ce point une décision de commun accord.

(3) Lorsqu'en application des dispositions du paragraphe 1, une personne autre qu'une personne physique est un résident des deux États contractants, elle est censée résider dans l'État où son siège de direction effective est situé.

Article 5. Établissement stable

(1) Aux fins du présent Accord, l'expression « établissement stable » s'entend d'une installation fixe d'affaires par l'intermédiaire de laquelle une entreprise exerce tout ou partie de son activité.

(2) L'expression « établissement stable » s'entend notamment :

- a) D'un siège de direction;
- b) D'une succursale;
- c) D'un bureau;
- d) D'une usine;
- e) D'un atelier; et
- f) D'une mine, d'un gisement de pétrole ou de gaz, d'une carrière ou de tout autre lieu d'extraction de ressources naturelles.

(3) Un chantier de construction ou de montage ne constitue un établissement stable que s'il a une durée supérieure à douze mois.

(4) Nonobstant les dispositions des paragraphes précédents du présent article, ne sont pas considérés comme un « établissement stable » :

- a) Des installations servant uniquement à des fins d'entreposage, d'exposition ou de livraison de biens ou de marchandises appartenant à l'entreprise;
- b) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise entreposés aux seules fins de stockage, d'exposition ou de livraison;
- c) Des biens ou des marchandises appartenant à l'entreprise entreposés aux seules fins d'être traités ou transformés par une autre entreprise;
- d) Une installation fixe d'affaires utilisée aux seules fins d'acheter des biens ou des marchandises ou de réunir des informations pour l'entreprise;
- e) Une installation fixe d'affaires utilisée aux seules fins d'exercer, pour l'entreprise, d'autres activités ayant un caractère préparatoire ou auxiliaire;
- f) Une installation fixe d'affaires utilisée aux seules fins d'exercer plusieurs activités visées aux alinéas a) à e) du présent paragraphe, à condition que l'activité globale de la base fixe qui en résulte ait un caractère préparatoire ou auxiliaire.

(5) Nonobstant les dispositions des paragraphes 1 et 2 du présent article, si une personne autre qu'un agent jouissant d'un statut d'indépendant visé au paragraphe 6 agit sur le territoire d'un État contractant pour une entreprise de l'autre État contractant et y possède le pouvoir de conclure à titre habituel des contrats au nom de cette entreprise, ladite entreprise est considérée comme ayant un établissement stable sur le territoire de cet État pour toutes les activités que cette personne exerce, à moins que ces activités ne se limitent à celles qui sont énumérées au paragraphe 4 du présent article et qui, exercées par le biais d'une base fixe d'affaires, ne confèreraient pas à cette base fixe le caractère d'un établissement stable au sens dudit paragraphe.

(6) Une entreprise ne sera pas réputée avoir un établissement stable dans un État contractant du seul fait qu'elle y exerce ses activités par l'entremise d'un courtier, d'un commissionnaire général ou de tout autre intermédiaire jouissant d'un statut d'indépendant, dans la mesure où ces personnes agissent dans le cadre ordinaire de leur activité professionnelle régulière.

(7) Le fait qu'une société résidente d'un État contractant contrôle une société ou soit contrôlée par une société résidente de l'autre État contractant ou qui y exerce ses activités (que ce soit par l'intermédiaire d'un établissement stable ou par un autre moyen) ne suffit pas, en soi, à faire de l'une quelconque de ces sociétés un établissement stable de l'autre.

Article 6. Revenus de biens immobiliers

(1) Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de biens immobiliers (y compris les revenus d'exploitations agricoles ou forestières) situés dans un autre État contractant sont imposables sur ce territoire.

(2) L'expression « biens immobiliers » a le sens que lui attribue le droit de l'État contractant dans lequel les biens considérés sont situés. Elle désigne en tout cas les accessoires, le cheptel mort ou vif et l'équipement pour l'exploitation agricole et forestière, les

droits auxquels s'appliquent les dispositions du droit privé concernant la propriété foncière, l'usufruit des biens immobiliers et les droits à des paiements variables ou fixes au titre de l'exploitation ou de la concession de l'exploitation de gisements minéraux, sources et autres ressources naturelles; les navires et les aéronefs ne sont pas considérés comme des biens immobiliers.

(3) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent aux revenus provenant de l'exploitation directe, de la location ou de l'affermage, ainsi que de toute autre forme d'exploitation de biens immobiliers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1 et 3 s'appliquent également aux revenus provenant des biens immobiliers d'une entreprise ainsi qu'aux revenus des biens immobiliers servant à l'exercice d'une profession indépendante.

Article 7. Bénéfice recueilli d'une activité industrielle ou commerciale

(1) Les bénéfices d'une entreprise d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État, à moins que l'entreprise n'exerce son activité sur le territoire de l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé. Si l'entreprise exerce son activité d'une telle façon, ses bénéfices sont imposables dans l'autre État, mais uniquement dans la mesure où ils sont imputables à cet établissement stable.

(2) Sous réserve des dispositions du paragraphe 3, si une entreprise d'un État contractant exerce son activité dans l'autre État contractant par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, il est imputé à cet établissement stable, dans chaque État contractant, les bénéfices qu'il aurait pu réaliser s'il avait constitué une entreprise distincte exerçant des activités identiques ou similaires dans des conditions identiques ou analogues et traitant en toute indépendance avec l'entreprise dont elle constitue un établissement stable.

(3) Pour déterminer les bénéfices d'un établissement stable, sont déductibles les dépenses engagées pour cet établissement stable, y compris les dépenses de direction et les frais généraux d'administration ainsi exposés, soit dans l'État où est situé cet établissement stable, soit ailleurs.

(4) Si dans certains cas particuliers il s'avère impossible, voire déraisonnable compte tenu des difficultés que cela entraîne, de déterminer dans un État contractant les bénéfices imputables à un établissement stable conformément au paragraphe 2, aucune disposition du paragraphe 2 n'empêche de déterminer les bénéfices imputables à un établissement stable sur la base d'une répartition de l'ensemble des bénéfices de l'entreprise entre ses différentes parties; la méthode de répartition des bénéfices adoptée doit cependant être telle que le résultat obtenu soit conforme aux principes énoncés dans le présent article.

(5) Aucun bénéfice n'est imputé à un établissement stable du simple fait que celui-ci a acheté des biens ou des marchandises pour l'entreprise.

(6) Aux fins de l'application des dispositions des paragraphes précédents, les bénéfices à imputer à l'établissement stable sont déterminés chaque année selon la même méthode, à moins qu'il n'existe des motifs valables et suffisants de procéder autrement.

(7) Si les bénéfices comprennent des éléments de revenu traités séparément dans les autres articles du présent Accord, les dispositions de ces articles ne sont pas affectées par celles du présent article.

Article 8. Revenus du trafic maritime et aérien international

(1) Les revenus recueillis par un résident d'un État contractant de l'exploitation en trafic maritime et aérien international de navires ou d'aéronefs ne peuvent être imposés que dans cet État contractant. La première phrase s'applique mutatis mutandis aux revenus provenant de l'exploitation de bateaux pour la navigation fluviale.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 s'appliquent également aux revenus provenant de l'utilisation, de l'entretien ou de la location de conteneurs (y compris les remorques et le matériel connexe servant au transport des conteneurs), dans la mesure où l'utilisation, l'entretien ou la location concerne des navires de mer, des bateaux pour la navigation fluviale ou des aéronefs exploités en trafic maritime et aérien international.

(3) Les dispositions des paragraphes 1 et 2 s'appliquent aussi aux revenus provenant de la participation à un consortium, à une communauté d'exploitation ou à un organisme international d'exploitation.

Article 9. Régularisation des bénéfices

Si :

- a) Une entreprise d'un État contractant participe, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise de l'autre État contractant, ou que
- b) Les mêmes personnes participent, directement ou indirectement, à la direction, au contrôle ou au capital d'une entreprise d'un État contractant et d'une entreprise de l'autre État contractant,

et que, dans l'un et l'autre cas, les deux entreprises sont, dans leurs relations commerciales ou financières, liées par des conditions convenues ou imposées qui diffèrent de celles qui seraient convenues entre des entreprises indépendantes, les bénéfices qui, sans ces conditions, auraient été réalisés par l'une des entreprises mais n'ont pu l'être à cause de ces conditions, peuvent être inclus dans les bénéfices de cette entreprise et être imposés en conséquence.

Article 10. Dividendes

(1) Les dividendes payés par une société qui est un résident d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont imposables dans l'État duquel la société qui paie les dividendes est un résident et selon la législation de cet État; cependant, l'impôt ne peut dépasser :

- a) 5 % du montant brut des dividendes si le bénéficiaire effectif est une société détenant directement au moins 10 % du capital initial ou du capital social de

la société qui paie les dividendes et que cette participation dans le capital représente au moins 160 000 marks ou leur équivalent en roubles;

b) 15 % du montant brut des dividendes dans tous les autres cas.

Les dispositions du présent paragraphe n'affectent en rien l'imposition de la société au titre des bénéfices qui servent au paiement des dividendes.

(2) Le terme « dividendes » employé dans le présent article désigne les revenus provenant d'actions, y compris de parts de mine, de bons de jouissance ou de titres participatifs, de parts de fondateur ou autres droits — à l'exception des créances — avec participation aux bénéfices, ainsi que les revenus divers que la législation de l'État dans lequel la société distributrice réside assimile à des revenus d'actions.

(3) Les dispositions du paragraphe 1 du présent article ne s'appliquent pas lorsque le bénéficiaire effectif des dividendes, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant dont la société distribuant les dividendes est résidente, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont d'application.

(4) Lorsqu'une société qui est un résident d'un État contractant tire des bénéfices ou des revenus de l'autre État contractant, cet autre État ne peut percevoir aucun impôt sur les dividendes payés par la société, sauf si ces dividendes sont payés à un résident de cet autre État ou que la participation génératrice des dividendes se rattache effectivement à un établissement stable ou à une base fixe située dans cet autre État, ni prélever aucun impôt au titre de l'imposition des bénéfices non distribués sur les bénéfices non distribués de la société, même si les dividendes payés ou les bénéfices non distribués consistent en tout ou en partie en bénéfices ou revenus provenant de cet autre État.

Article 11. Intérêts

(1) Les intérêts provenant d'un État contractant et payés à un résident de l'autre État contractant ne sont imposables que dans cet autre État si ce résident en est le bénéficiaire effectif.

(2) Le terme « intérêts » employé dans le présent article désigne les revenus de créances de toute nature, assorties ou non de garanties hypothécaires ou d'une clause de participation aux bénéfices du débiteur, et notamment les revenus d'emprunts publics et d'obligations, y compris les primes et les lots attachés à ces titres. Les pénalités pour retard dans les paiements ne sont pas considérées comme des intérêts aux fins du présent article.

(3) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des intérêts, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les intérêts, une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, ou une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des intérêts se rattache effectivement à

cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont d'application.

(4) Les intérêts sont considérés comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur de cet État est lui-même en personne l'une de ses autorités, l'une de ses collectivités territoriales ou un résident de cet État. Toutefois, si le débiteur des intérêts, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe pour lesquels la dette donnant lieu au paiement des intérêts a été contractée et qui supportent la charge de ces intérêts, ceux-ci sont considérés comme provenant de l'État où l'établissement stable ou la base fixe sont situés.

(5) Si, en raison de relations spéciales entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou entre eux deux et un tiers, le montant des intérêts, compte tenu de la créance pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 12. Redevances

(1) Les redevances provenant d'un État contractant et payées à un résident de l'autre État contractant ne sont imposables que dans cet autre État si le destinataire des redevances en est le bénéficiaire effectif.

(2) Le terme « redevances » employé dans le présent article désigne les rémunérations de toute nature payées pour l'usage ou la concession de l'usage d'un droit d'auteur sur une œuvre littéraire, artistique ou scientifique, y compris les films cinématographiques, les enregistrements sur bande ou sur d'autres supports destinés à être utilisés dans des émissions radiophoniques ou télévisées ou d'autres moyen de reproduction et de diffusion de l'information et les programmes informatiques, ou pour l'usage ou la concession de l'usage des équipements industriels, commerciaux ou scientifiques ou pour des informations ayant trait à une expérience acquise dans le domaine industriel, commercial ou scientifique.

(3) Les dispositions du présent article s'appliquent également aux paiements de services techniques lorsque ces services sont fournis dans le cadre de la vente de marchandises ou d'équipements ou dans le cadre de la cession de droits ou de la transmission d'expériences au sens du paragraphe 2.

(4) Les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas si le bénéficiaire effectif des redevances, résident d'un État contractant, exerce dans l'autre État contractant d'où proviennent les redevances, soit une activité industrielle ou commerciale par l'intermédiaire d'un établissement stable qui y est situé, soit une profession indépendante à partir d'une base fixe qui y est située, et que la créance génératrice des redevances se rattache effectivement à cet établissement stable ou à cette base fixe. Dans ce cas, les dispositions de l'article 7 ou de l'article 14 sont d'application.

(5) Les redevances sont considérées comme provenant d'un État contractant lorsque le débiteur de cet État est lui-même en personne l'une de ses autorités, l'une de ses collec-

tivités territoriales ou un résident de cet État. Toutefois, si le débiteur des redevances, qu'il soit ou non résident d'un État contractant, a dans un État contractant un établissement stable ou une base fixe en relation avec lesquels a été contractée l'obligation de paiement des redevances et qui supportent la charge de ces redevances, celles-ci sont considérées comme provenant de l'État où l'établissement stable ou la base fixe est située.

(6) Si, en raison de relations spéciales entre le débiteur et le bénéficiaire effectif ou entre eux deux et un tiers, le montant des redevances, compte tenu de la prestation pour laquelle ils sont payés, excède celui dont seraient convenus le débiteur et le bénéficiaire effectif en l'absence de pareilles relations, les dispositions du présent article ne s'appliquent qu'à ce dernier montant. Dans ce cas, la partie excédentaire des paiements reste imposable selon la législation de chaque État contractant et compte tenu des autres dispositions du présent Accord.

Article 13. Gains en capital

(1) Les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de l'aliénation de biens immobiliers situés dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État contractant.

(2) Les revenus provenant de l'aliénation de biens mobiliers qui font partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant a dans l'autre État contractant ou de biens mobiliers qui appartiennent à une base fixe dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour exercer une profession indépendante, y compris ceux provenant de l'aliénation de cet établissement stable (seuls ou avec l'ensemble de l'entreprise) ou de cette base fixe, sont imposables dans cet autre État.

(3) Les revenus recueillis par un résident d'un État contractant de l'aliénation de navires ou d'aéronefs exploités en trafic maritime et aérien international, de bateaux pour la navigation fluviale et de biens meubles affectés à l'exploitation de ces moyens de transport ne sont imposables que dans cet État contractant.

(4) Les revenus provenant de l'aliénation de tout bien autre que ceux visés aux paragraphes 1 à 3 ne sont imposables que dans l'État contractant dans lequel le cédant réside.

Article 14. Revenus d'une activité indépendante

(1) Les revenus qu'une personne physique résidente d'un État contractant tire d'une profession libérale ou d'autres activités ayant un caractère indépendant ne sont imposables dans cet autre État contractant que si cette personne dispose dans cet État d'une base fixe pour y mener ses activités. En outre, seuls les revenus pouvant être imputés à cette base fixe sont imposables.

(2) L'expression « profession libérale » désigne notamment les activités indépendantes à caractère scientifique, littéraire, éducatif ou pédagogique, les activités artistiques exercées en tant qu'indépendant ainsi que les activités indépendantes des médecins, avocats, ingénieurs, architectes, dentistes et comptables.

Article 15. Revenus d'une activité salariée

(1) Sous réserve des dispositions des articles 16, 18 et 19, les salaires, traitements et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié ne sont imposables dans l'autre État contractant que si l'emploi y est exercé.

(2) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, les rémunérations qu'un résident d'un État contractant reçoit au titre d'un emploi salarié exercé dans l'autre État contractant ne sont imposables dans le premier État que si toutes les conditions ci-après sont remplies :

- a) Le bénéficiaire séjourne dans l'autre État pendant une période ou des périodes n'excédant pas au total 183 jours au cours d'une période de douze mois commençant ou s'achevant au cours de l'année d'imposition considérée; et
- b) Les rémunérations sont payées par un employeur ou pour le compte d'un employeur qui n'est pas un résident de l'autre État; et
- c) La charge des rémunérations n'est pas supportée par un établissement stable ou une base fixe que l'employeur a dans l'autre État.

(3) Nonobstant les dispositions précédentes du présent article, les rémunérations reçues au titre d'un emploi salarié exercé à bord d'un navire ou d'un aéronef exploité en trafic maritime et aérien international ou à bord d'un bateau pour la navigation fluviale sont imposables dans l'État contractant sur le territoire duquel l'entreprise qui exploite ces moyens de transport a son siège.

Article 16. Tantièmes d'administration

Les tantièmes d'administration et autres rémunérations similaires qu'un résident d'un État contractant reçoit en sa qualité de membre du conseil d'administration ou de surveillance d'une société résidente de l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

Article 17. Revenus d'activité des artistes et sportifs

(1) Nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, les revenus qu'un résident d'un État contractant tire de ses activités personnelles exercées dans l'autre État contractant en tant qu'artiste du théâtre, de cinéma, de la radio ou de la télévision, ou en tant que musicien, ou sportif, sont imposables dans cet autre État.

(2) Lorsque les revenus d'activités qu'un artiste du spectacle ou qu'un sportif exerce personnellement et en cette qualité, sont attribués non pas à l'artiste ou au sportif lui-même mais à une autre personne, ces revenus sont, nonobstant les dispositions des articles 7, 14 et 15, imposables dans l'État contractant où les activités de l'artiste ou du sportif sont exercées.

(3) Les paragraphes 1 et 2 ne s'appliquent pas aux revenus provenant d'activités exercées dans un État contractant par un artiste ou un sportif si ses prestations sont en tout ou à concurrence de plus de la moitié financées par les fonds publics de l'autre État, de

l'une de ses collectivités territoriales ou par un organisme de l'autre État reconnu comme étant d'intérêt public. En pareil cas, les revenus ne sont imposables que dans l'État contractant dont l'artiste ou le sportif est résident.

Article 18. Pensions

Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 de l'article 19, les pensions et paiements similaires reçus par un résident d'un État contractant au titre d'une activité indépendante antérieure ne sont imposables que dans cet État.

Article 19. Revenus d'activité dans les services publics

(1) Les rémunérations, y compris les pensions de retraite, payées par un État contractant en personne, ses autorités ou l'une de ses collectivités territoriales à une personne physique au titre de services rendus à cet État ou à cette collectivité territoriale, ne sont imposables que dans cet État. Ces rémunérations ne sont toutefois imposables que dans l'autre État contractant si les services ont été rendus dans cet autre État et si la personne physique est un résident de cet État et non un ressortissant du premier État.

(2) Les dispositions des articles 15, 16 et 18 s'appliquent aux rémunérations et pensions payées au titre de services rendus dans le cadre d'une activité industrielle ou commerciale exercée pour un État contractant en personne, ses autorités ou l'une de ses collectivités territoriales.

(3) Les indemnités versées par un État contractant en personne, ses autorités ou l'une de ses collectivités territoriales sous forme de pensions de retraite, de rentes viagères et autres prestations uniques ou récurrentes au titre de dommages occasionnés à la suite de faits de guerre ou de persécutions politiques ne sont imposables que dans cet État.

Article 20. Enseignants, étudiants et autres personnes se trouvant dans l'enseignement

(1) Une personne physique qui séjourne dans un État contractant à l'invitation de cet État ou d'une université, d'un collège, d'une école, d'un musée ou d'un établissement culturel dudit État contractant ou dans le cadre d'un programme d'échange culturel officiel pendant une période ne dépassant pas deux ans à seule fin d'enseigner, de donner des conférences ou d'effectuer des travaux de recherche dans l'un de ces établissements et qui est, ou qui était avant de se rendre dans cet État, résidente du premier État contractant, est exonérée dans le premier État sur la rémunération qu'elle reçoit au titre de l'activité en question, à condition que cette rémunération ne provienne pas de cet État.

(2) Les sommes qu'un étudiant, un stagiaire ou un apprenti, qui est ou qui était immédiatement avant de se rendre dans un État contractant, un résident de l'autre État contractant et qui séjourne dans le premier État à seule fin d'y poursuivre ses études ou sa formation reçoit pour couvrir ses frais de séjour, d'études ou de formation ne sont pas imposables dans ce premier État, à condition que ces sommes proviennent de sources situées en dehors de cet État.

Article 21. Autres revenus

Les revenus de quelque provenance que ce soit recueillis par un résident d'un État contractant qui ne sont pas traités dans les articles précédents ne sont imposables que dans cet État.

Article 22. Fortune

(1) Les biens immeubles appartenant à un résident d'un État contractant situés dans l'autre État contractant sont imposables dans cet autre État.

(2) Les biens meubles faisant partie de l'actif d'un établissement stable qu'une entreprise d'un État contractant possède dans l'autre État contractant, ou appartenant à une base fixe, dont un résident d'un État contractant dispose dans l'autre État contractant pour l'exercice d'une profession indépendante, est imposable dans cet autre État.

(3) Les navires de mer, les bateaux pour la navigation fluviale et les aéronefs exploités en trafic maritime et aérien international par une entreprise établie dans un État contractant, ainsi que le patrimoine mobilier affecté à l'exploitation de ces moyens de transport ne sont imposables que dans cet État contractant.

(4) Tous les autres éléments de fortune d'un résident d'un État contractant ne sont imposables que dans cet État.

Article 23. Élimination de la double imposition

(1) Dans le cas d'un résident de la Fédération de Russie, la double imposition est éliminée comme suit :

Si un résident de la Fédération de Russie tire des revenus ou possède des biens imposables selon les dispositions du présent Accord en République fédérale d'Allemagne, le montant de l'impôt payé en République fédérale d'Allemagne sur ces revenus ou ces biens est déductible de l'impôt retenu à ce résident de la Fédération de Russie. Cette déduction ne peut toutefois dépasser le montant de l'impôt calculé sur ces revenus ou sur ces biens selon la législation et la réglementation de la Fédération de Russie.

(2) Dans le cas d'un résident de la République fédérale d'Allemagne, la double imposition est évitée comme suit :

- a) Les revenus provenant de la Fédération de Russie ainsi que les biens qui y sont situés et qui y sont imposables en vertu du présent Accord sont exonérés de l'impôt allemand dans la mesure où ils ne sont pas imputés selon l'alinéa b). La République fédérale d'Allemagne se réserve toutefois le droit de tenir compte des éléments de revenu et de fortune ainsi exonérés dans le calcul de son taux d'imposition.

En ce qui concerne les dividendes, l'exonération ne s'applique qu'aux dividendes versés à une société ayant son siège en République fédérale d'Allemagne par une société établie dans la Fédération de Russie et dont 10 % au moins du capital est détenu directement par la société allemande.

Les participations sont exonérées de l'impôt sur la fortune si leurs dividendes, pour autant que ceux-ci soient ou aient été versés, soient ou aient été exonérés au taux précédent.

- b) Sous réserve des dispositions du code des impôts allemand en matière de crédit d'impôt étranger, est admis en déduction de l'impôt allemand sur le revenu, sur le bénéfice des sociétés et sur la fortune au titre des éléments énoncés ci-dessous l'impôt russe payé en vertu de la législation russe et conformément au présent Accord sur :
 - aa) Les dividendes qui ne sont pas visés par l'alinéa a);
 - bb) Les tantièmes et jetons de présence;
 - cc) Les revenus des artistes et des sportifs.
- c) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a), les revenus au sens qui leur est attribué par les articles 7 et 10 et les bénéfices découlant de l'aliénation du capital d'exploitation d'un établissement stable ainsi que les biens générateurs de ces bénéfices n'entrent pas en ligne de compte dès lors que le résident de la République fédérale d'Allemagne peut prouver que les revenus de l'établissement stable dans l'exercice social dans lequel le bénéfice a été réalisé, ou la société établie dans la Fédération de Russie dans l'exercice social pour lequel elle a effectué la distribution, tire ses revenus bruts exclusivement ou presque exclusivement des activités visées aux points 1 à 6, paragraphe 1, de la Section 8 de la loi allemande sur les relations fiscales extérieures (« Außensteuergesetz ») ou de participations tombant sous le coup du paragraphe 2, Section 8, de cette même loi.
- d) Si une société ayant son siège en République fédérale d'Allemagne emploie des revenus provenant de la Fédération de Russie à des fins de distribution, l'alinéa a) en application des dispositions du code des impôts allemand n'exclut pas l'imposition sur les sommes distribuées.
- e) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a), la double imposition est évitée en imputant l'impôt suivant l'alinéa b) :
 - aa) Si dans les États contractants les revenus ou les biens font l'objet de dispositions différentes de celles du présent Accord ou sont attribués à des personnes différentes (sauf en vertu de l'article 9) et que ce conflit ne peut être réglé par la procédure visée au paragraphe 3 de l'article 25, et si en raison de cette affectation ou imputation différente, les revenus ou les biens concernés n'ont pas été imposés ou l'ont été à un taux trop bas, ou
 - bb) Si un État contractant, après consultation et sous réserve des restrictions de son droit interne, fait part à l'autre État contractant par la voie diplomatique de son intention d'appliquer le présent alinéa à d'autres revenus. La notification ne portera effet qu'à partir du premier jour de l'année civile qui suit celle où la notification a été signifiée et dès le moment où toutes les conditions légales prévues dans le droit interne de l'État déclarant en matière de prise d'effet de la notification auront été remplies.

Article 24. Interdiction de discrimination fiscale

(1) Les ressortissants d'un État contractant ne sont soumis dans l'autre État contractant à aucune imposition ou obligation en l'espèce différente ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujettis les ressortissants de cet autre État placés dans la même situation. Cette disposition s'applique également aux personnes morales, aux sociétés de personnes et autres associations de personnes ayant été constituées conformément au droit d'un des États contractants.

(2) Les établissements stables qu'une entreprise d'un État contractant exploite dans l'autre État contractant ne seront pas imposés dans cet autre État d'une façon moins favorable que les entreprises de cet autre État qui exercent les mêmes activités. La présente disposition ne peut être interprétée comme obligeant un État contractant à accorder aux résidents de l'autre État contractant les déductions personnelles, abattements et réductions d'impôt qu'il accorde à ses propres résidents.

(3) À moins que les dispositions de l'article 9, du paragraphe 5 de l'article 11 ou du paragraphe 6 de l'article 12 ne soient applicables, les intérêts, redevances et autres frais payés par une entreprise d'un État contractant à un résident de l'autre État contractant sont, aux fins de déterminer les bénéfices imposables de cette entreprise, déductibles dans les mêmes conditions que s'ils avaient été payés à un résident du premier État. De même, les dettes qu'une entreprise d'un État contractant a contractées à l'égard d'un résident de l'autre État contractant sont, aux fins de déterminer les biens imposables de cette entreprise, déductibles dans les mêmes conditions que si elles avaient été contractées envers un résident du premier État.

(4) Les entreprises d'un État contractant, dont le capital est en totalité ou en partie, directement ou indirectement, détenu ou contrôlé par un ou plusieurs résidents de l'autre État contractant, ne sont soumises dans le premier État à aucune imposition ou obligation en l'espèce différente ou plus lourde que celle à laquelle sont ou pourraient être assujetties les autres entreprises similaires du premier État.

Article 25. Procédure amiable

(1) Une personne qui estime que les mesures prises par l'un des États contractants ou les deux États contractants entraînent ou entraîneront pour elle une imposition non conforme aux dispositions du présent Accord peut, indépendamment des recours prévus par le droit interne de ces États, soumettre son cas à l'autorité compétente de l'État contractant où elle réside. Le cas doit être soumis dans un délai de trois ans à partir de la première notification des mesures qui entraînent une imposition non conforme aux dispositions de l'Accord.

(2) Si la rémunération lui paraît fondée et si elle n'est pas elle-même en mesure d'y apporter une solution satisfaisante, l'autorité compétente s'efforce de résoudre le cas à l'amiable avec l'autorité compétente de l'autre État contractant en vue d'éviter une imposition non conforme au présent Accord. Nonobstant les délais prévus par le droit interne des États contractants, l'accord ainsi obtenu est appliqué.

(3) Les autorités compétentes des États contractants s'efforcent, par voie d'accord amiable, de résoudre les difficultés ou de dissiper les doutes auxquels peuvent donner lieu

l'interprétation ou l'application du présent Accord. Elles peuvent aussi se concerter en vue d'éviter la double imposition dans les cas non prévus par le présent Accord.

(4) Les autorités compétentes des États contractants règlent de commun accord la façon dont les règles contenues dans le présent Accord en matière de retenue de l'impôt à la source sont appliquées.

(5) Les autorités compétentes des États contractants peuvent communiquer directement entre elles en vue de parvenir à un accord allant dans le sens des dispositions des paragraphes précédents.

Article 26. Échange de renseignements

(1) Les autorités compétentes des États contractants échangent les renseignements nécessaires pour appliquer les dispositions du présent Accord ou les dispositions de leur droit interne qui concernent les impôts visés dans l'Accord, dans la mesure où l'imposition prévue par ce droit n'est pas contraire aux dispositions de l'Accord. L'échange des renseignements n'est pas restreint par les dispositions de l'article premier. Tous les renseignements reçus par un État contractant sont tenus secrets au même titre que les renseignements obtenus en application du droit interne de cet État et ne sont communiqués qu'aux personnes ou autorités (y compris les tribunaux et organes administratifs) concernées en matière de calcul, de perception, d'application, de poursuites pénales ou de décision en matière de recours concernant les impôts visés dans le présent Accord. Ces personnes ou autorités ne peuvent utiliser ces renseignements qu'à ces fins uniquement. Elles peuvent faire état de ces renseignements dans des débats publics devant les tribunaux ou dans des jugements.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent en aucun cas être interprétées comme imposant à un État contractant l'obligation de :

- a) Prendre des mesures administratives dérogeant à sa législation et à ses pratiques administratives ou à celles de l'autre État contractant;
- b) Fournir des renseignements qui ne pourraient être obtenus sur la base de sa législation ou dans le cadre de ses pratiques administratives normales ou de celles de l'autre État contractant;
- c) Fournir des renseignements qui révéleraient un secret commercial, industriel ou professionnel ou un procédé commercial ou des renseignements dont la communication serait contraire à l'ordre public.

(3) Si dans le cadre du présent Accord et au regard du droit interne des données à caractère personnel doivent être transmises, les dispositions énoncées ci-après sont supplémentaires à la législation en vigueur sur le territoire de chaque État contractant :

- a) L'utilisation des données par le service destinataire n'est autorisée que pour l'objet indiqué et uniquement aux conditions prescrites par le service ayant fourni les données;
- b) Sur demande, le service destinataire informe le service émetteur quant à l'utilisation des renseignements transmis et des résultats ayant été ainsi obtenus;

- c) Les données personnelles ne peuvent être transmises qu'aux services compétents. La communication à d'autres services ne peut s'effectuer que moyennant accord préalable du service ayant transmis les données;
- d) Le service communiquant les renseignements est tenu de veiller à l'exactitude des renseignements devant être communiqués, à leur utilité et à leur proportionnalité par rapport à l'objectif poursuivi en les communiquant. Les interdictions prévues dans le droit interne régissant la transmission des renseignements doivent être respectées. S'il appert que des données sont inexactes ou que des données qui n'auraient pas dû être transmises ont été communiquées, le service destinataire doit en être immédiatement informé. Celui-ci est alors tenu de corriger ou d'effacer ces données;
- e) S'il en fait la demande, l'intéressé doit recevoir des précisions concernant les renseignements communiqués sur sa personne ainsi que sur l'usage qui leur sera réservé. Aucune obligation de communiquer des renseignements n'existe dans la mesure où un examen de la situation démontre que la nécessité de ne pas les communiquer relève de l'intérêt général et prévaut sur celui de l'intéressé. En outre, le droit de l'intéressé consistant à obtenir des renseignements sur les données existantes concernant sa personne se fonde sur le droit national de l'État contractant sur le territoire duquel les renseignements sont demandés;
- f) Si une personne subit en violation du droit un préjudice dans le cadre de l'échange des données effectué en vertu du présent Accord, le service destinataire répond du préjudice ainsi causé conformément à son droit interne. À sa décharge, il ne peut se prévaloir du fait vis-à-vis de la personne lésée que le préjudice a été occasionné par le service ayant transmis les renseignements;
- g) Dans la mesure où le droit national applicable au service émetteur régissant les données personnelles transmises prévoit des dispositions particulières concernant l'effacement des données, celui-ci en informe le service destinataire. Indépendamment de ce droit, les données personnelles transmises doivent être effacées dès qu'elles ne sont plus nécessaires pour l'objet pour lequel elles ont été transmises;
- h) Les États contractants sont tenus de transmettre et de recevoir les données à caractère personnel en conservant une trace de leurs mouvements dans un dossier;
- i) Le service émetteur et le service destinataire ont l'obligation de protéger de manière efficace les données personnelles communiquées contre tout accès intempestif, toute modification et toute divulgation non autorisées.

Article 27. Privilèges diplomatiques et consulaires

Aucune disposition du présent Accord ne porte atteinte aux privilèges fiscaux dont bénéficient les missions diplomatiques ou postes consulaires ainsi que leurs agents et les

membres de leur famille en vertu des règles générales du droit international ou des dispositions d'accords particuliers.

Article 28. Entrée en vigueur

(1) Le présent Accord doit être ratifié. Les instruments de ratification seront échangés dès que possible.

(2) Le présent Accord entrera en vigueur le jour de l'échange des instruments de ratification et s'appliquera :

- a) S'agissant des impôts retenus à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances de licence, aux montants perçus le 1^{er} janvier ou après le 1^{er} janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur;
- b) S'agissant des autres impôts, aux impôts perçus pour les périodes commençant à partir du 1^{er} janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur.

(3) Dès l'entrée en vigueur du présent Accord, la Convention du 24 novembre 1981 entre la République fédérale d'Allemagne et l'Union des Républiques socialistes soviétiques tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et la fortune cesse de produire ses effets dans les rapports entre la République fédérale d'Allemagne et la Fédération de Russie :

- a) S'agissant des impôts retenus à la source sur les dividendes, les intérêts et les redevances de licence, aux montants perçus le 1^{er} janvier ou après le 1^{er} janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur;
- b) S'agissant des autres impôts, aux impôts perçus pour les périodes commençant à partir du 1^{er} janvier de l'année civile qui suit celle dans laquelle le présent Accord est entré en vigueur.

Article 29. Durée de l'Accord

(1) Le présent Accord est à durée indéterminée; toutefois, il pourra être dénoncé par l'un des États contractants moyennant notification écrite de sa décision à l'autre État contractant signifiée par la voie diplomatique le 30 juin de chaque année civile et ce, à l'expiration d'une période de cinq ans à compter de la date de son entrée en vigueur; dans ce cas, l'Accord n'est plus applicable :

- a) S'agissant des impôts retenus à la source sur les dividendes, les intérêts et redevances, aux revenus perçus le 1^{er} janvier ou après le 1^{er} janvier de l'année civile qui suit celle de la dénonciation;
- b) S'agissant des autres impôts, aux impôts perçus pour les périodes commençant le 1^{er} janvier de l'année civile qui suit celle de la dénonciation.

FAIT à Moscou le 29 mai 1996, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et russe, les deux textes faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

ERNST JÖRG VON STUDNITZ

THEODOR WAIGEL

Pour la Fédération de Russie :

КАДННИКОВ

PROTOCOLE

Au moment de signer l'Accord tendant à éviter la double imposition en matière d'impôts sur le revenu et sur la fortune signé le 29 mai 1996 à Moscou, la République fédérale d'Allemagne et la Fédération de Russie sont convenues des dispositions suivantes faisant partie intégrante de l'Accord :

1. Concernant l'article 2

Il est entendu que le présent Accord s'applique aux impôts visés à l'article 2 perçus aux niveaux fédéral, régional et local.

2. Concernant l'article 7

- a) S'agissant d'un chantier de construction ou de travaux de montage, seuls les bénéfices résultant de ces activités mêmes peuvent entrer en ligne de compte dans l'État contractant dans lequel est situé l'établissement stable. Les bénéfices provenant d'une livraison de marchandises en rapport avec l'une de ces activités ou indépendamment de celles-ci, de l'établissement stable principal ou d'un autre établissement stable de l'entreprise ou d'un tiers sont imputables au chantier de construction ou aux travaux de montage;
- b) Les revenus recueillis par un résident d'un État contractant à la suite de travaux d'études, de conception, de construction ou de recherche ou de services techniques qu'il a fournis dans cet État contractant et en rapport avec un établissement stable situé dans l'autre État contractant ne sont pas imputables à cet établissement stable.

3. Concernant les articles 7 et 9

Il est entendu que les intérêts versés par une société ayant son siège dans un État contractant dans laquelle un résident de l'autre État contractant détient une participation sont totalement déductibles dans le premier État lors du calcul du bénéfice imposable de cette société, indépendamment du fait que ces intérêts soient versés à une banque ou à une autre personne et indépendamment de la durée de l'emprunt. Cette déduction ne peut toutefois dépasser le montant que des entreprises indépendantes conviendraient entre elles dans des circonstances comparables. Il en va de même pour les frais publicitaires. Les règles ci-dessus s'appliquent également aux intérêts et aux frais publicitaires payés par un établissement stable.

4. Concernant l'article 10

S'agissant de la République fédérale d'Allemagne, l'expression « dividendes » s'entend également des revenus recueillis par un commanditaire d'une de ses participa-

tions dans une société en commandite et des distributions versées au titre de parts détenues dans un fonds de placement.

5. Concernant les articles 10 et 11

Nonobstant les dispositions du présent article, les revenus provenant d'un État contractant sont imposables conformément à la législation de cet État contractant si ceux-ci :

- a) Proviennent de droits ou de créances assortis d'une participation aux bénéfices (en République fédérale d'Allemagne y compris les revenus recueillis par un commanditaire de sa participation, les revenus de prêts partiariaires et d'obligations participantes); et
- b) S'ils sont déductibles lors du calcul des bénéfices du débiteur de ces revenus.

6. Concernant l'article 15

Nonobstant les dispositions de l'article 15, il est entendu que les rémunérations payées par des fonds publics en République fédérale d'Allemagne à des travailleurs du Goethe-Institut ou du (DAAD), Office allemand d'échanges universitaires, détachés dans la Fédération de Russie ne sont imposables qu'en République fédérale d'Allemagne. L'article 15 est d'application si ces rémunérations ne sont pas imposables en Allemagne. Les autorités compétentes peuvent convenir d'appliquer mutatis mutandis les dispositions précédentes aux rémunérations versées à des personnes détachées par des organismes comparables des États contractants.

Les dispositions précédentes s'appliquent mutatis mutandis aux rémunérations versées exclusivement sur fonds propres dans le cadre de programmes d'aide financés par la République fédérale d'Allemagne, l'un de ses Länder ou l'une de ses collectivités territoriales à des personnes détachées en Fédération de Russie si ces programmes ont été convenus avec les autorités publiques ou administratives russes correspondantes ou l'administration locale.

7. Concernant l'article 25

- a) Les deux États contractants sont d'accord pour que l'article 24 s'applique également aux impôts qui ne sont pas visés à l'article 2 et que les problèmes soulevés en l'espèce soient traités conformément à la procédure prévue à l'article 25.

- b) Chaque État contractant établit la procédure pour que pour les revenus qui, conformément aux articles 10, 11 et 12, ne sont pas imposables ou ne le sont qu'à un taux réduit dans l'État de la source, le paiement puisse se faire sans retenue d'impôt ou en ne retenant que l'impôt prévu dans l'Accord. Si le montant de l'impôt retenu est trop élevé par rapport à ce qui est prévu dans le présent Accord, la différence est remboursée dans l'année qui suit la réception de la demande nécessaire à cet effet.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

ERNST JÖRG VON STUDNITZ

THEODOR WAIGEL

Pour la Fédération de Russie :

KADNNIKOW